Linzer Diözesanblatt

CXXII. Jahrgang

1. Dezember 1976

Nr. 12

Inhalt:

158. Erklärung der österr. Bischöfe:
Zu Ehe und Familie
Zum Religionsunterricht	167. Matrikulierung der Nottaufe
159. Herbstkonferenz der österr. Bischöfe:
Pressebericht	168. Aktion „Bruder in Not“ 1976
160. Aus dem Pastoralrat: 6. Nov. 1976	169. Vom Klerus
161. Statut für den Pfarrgemeinderat in
der Diözese Linz	170. Caritas-Intention:
Weihnacht der Armen
162. Geschäftsordnung für den Pfarr-
gemeinderat in der Diözese Linz	171. Literatur
(1) Basisgemeinden in der Kirche
(2) Aber Verweilen ist Staunen
(3) Zeichen der Hoffnung in Tod und
Trauer
(4) Meßbuch '77
(5) Bei ihm sein
163. Wahlordnung für den Pfarrgemeinde-
rat in der Diözese Linz	172. Aviso
(1) „Pfarramt“ im Telefonbuch
(2) Missionswerk der Kinder
(3) Pfarre Bad Zell
(4) Strobl — Akcenta
(5) Biberschwanzziegel
164. Wahl der Pfarrgemeinderäte —
Wahlausschreibung	
165. Anhang zur Kirchenbeitragsordnung
der Diözese Linz	
166. Ausfertigung kirchlicher
Matrikenscheine	

158. Erklärung der österreichischen Bischöfe

Zu Ehe und Familie

Ehe und Familie sind umfassende Werte, die einen besonderen und ausdrücklichen Schutz erfahren müssen. Die einzelnen Aspekte dürfen nicht auseinandergerissen werden. Deshalb ist eine Gesamtreform anzustreben.

Es müßte im besonderen klargestellt werden, daß der Staat die Ehescheidung nur als Notlösung ansieht. Einer positiven Einschätzung der Scheidung können wir nicht zustimmen. Denn mit der Eheschließung begründen Mann und Frau eine für das ganze Leben geschlossene Gemeinschaft. Deshalb finden wir es hoch an der Zeit, den Schutz der Ehe und Familie in der österreichischen Verfassung zu verankern.

Im besonderen ist zu bedauern, daß das Einspruchsrecht nach spätestens fünf Jahren erlöschen soll. Das trifft in den Folgen mehrheitlich die Frau. Es ist ja eine ständig bestätigte Erfahrung, daß durch Scheidung vor allem die Frau der leidende Teil ist. Auch im Fall einer Zerrüttung kann sie berechnete Interessen haben, die Ehe aufrecht zu erhalten, was keineswegs im-

mer nur aus materiellen Überlegungen kommen muß. Überdies vermessen wir in der gegenwärtigen Diskussion das Bemühen, den Schutz der Kinder aus gefährdeten oder geschiedenen Ehen zu wahren.

Die Kirche ist sich ihrer Pflicht bewußt, sich für das Recht der schwächeren Glieder der Gesellschaft einzusetzen.

Zum Religionsunterricht

Die Bischöfe Österreichs drücken öffentlich das Befremden der Katholiken Österreichs aus, das durch gewisse Gruppen entstanden ist, die auf Abschaffung des Religionsunterrichtes drängen.

Wir sind überrascht über die Intoleranz, die damit zu Tage tritt. Wir stellen fest, daß durch diese Forderung das Elternrecht ernst gefährdet wird. Wir sind mit den vernünftig denkenden Menschen unseres Landes überzeugt, daß gerade durch den Religionsunterricht der Jugend Österreichs ein hoher Dienst erwiesen wird. Er ist eine wirksame Hilfe in der Orientierungslosigkeit unserer Tage, echte Werte und Ziele zu vermitteln.

Er ist ein unersetzbares Angebot, den Jugendlichen auf die drängende Sinnfrage

des Lebens eine tragfähige Antwort zu ermöglichen. Deshalb weisen wir alle Bestrebungen energisch zurück, den Religionsunterricht, der in der österreichischen Schulgesetzgebung mehrfach festgelegt ist, abzuschaffen oder durch admini-

159. Herbstkonferenz der österreichischen Bischöfe

Die Österreichische Bischofskonferenz tagte unter Vorsitz von Kardinal Doktor Franz König vom 8. bis 10. November 1976 in Wien. Der Apostolische Nuntius Erzbischof Dr. Mario Cagna stattete seinen ersten offiziellen Besuch der Bischofskonferenz ab und überbrachte seine Wünsche zur guten Arbeit und Zusammenarbeit.

Weihbischof Dr. Alois Wagner teilt als Pressesprecher der Österreichischen Bischofskonferenz aus dem Gesamtprogramm mit:

1. Medienseminar am 8. November 1976

Vor der Bischofskonferenz fand am Montag, 8. November 1976, ein halbtägiges Seminar zu Medienfragen statt. Kardinal König und zehn Bischöfe nahmen teil. Nach der Eröffnung durch den Referenten Bischof Dr. Stefan Laszlo sprach der Geistl.-Assistent für das Zentrum für Massenkommunikation Pfarrer Müller im Namen der Verantwortlichen Dr. Stauber, Dir. Angerer und Prof. Ivan und Prof. Eichinger. Er wies auf „Communio et progressio“ und den Text des ÖSV hin, sowie auf das Wort Papst Pius XII: Daß Massenmedien „Geschenke Gottes“ sind. Durch sie kann die Botschaft der Kirche verkündet werden „im Durcheinander der Einflüsse, Erfahrungen, Reaktionen, im Gewimmel von Haß und Leidenschaft, von Armut und Verschwendung“, um den Menschen den rechten Weg zu weisen.

Im zweiten Teil fand nach einem Einleitungsreferat von Herrn Dr. Stauber das Gespräch mit den drei Programmintendanten In der Maur, Weis und Kreuzer statt, sowie eine Begegnung mit dem Generalintendanten Dr. Oberhammer. Ziel des komprimierten Gespräches, an dem auch Dr. Fellner und Ing. Karlberger teilnahmen, war die Information, die Klärung einzelner Fragen sowie die Betonung der Aufgabe der Kirche, durch die Massenmedien im Dienst der Gesellschaft tätig sein zu können. Das Gespräch soll zu gegebener Zeit wieder fortgesetzt werden.

2. Kommissionssitzungen

Zur unmittelbaren Vorbereitung der Bischofskonferenz fanden am Nachmittag des 8. Novembers Kommissionssitzungen statt zu den Themen: „Glaube und Ver-

strative Maßnahmen zu beengen. Die Bischöfe haben mit Interesse die Erklärungen der zuständigen Regierungsstellen gehört. Wir wissen uns in unserer hier kundgetanen Einstellung einig mit der evangelischen Kirche AB und HB in Österreich.

kündigung“, „Pastoral und Liturgie“ und „Träger kirchlicher Dienste“; die Kommission „Finanzen“ zur Vorbereitung der Haushaltspläne 1977, die am 9. November bestätigt wurden, fand bereits am 6. Oktober 1976 statt.

3. Bischofssynode 1977

Die römische Bischofssynode Oktober 1977 hat das Thema „Die Katechese in unserer Zeit, mit besonderer Berücksichtigung der Kinder- und Jugendkatechese“. Die vorgelegten österreichischen Stellungnahmen wurden besprochen und werden für eine gemeinsame Eingabe bearbeitet. Die Bischofskonferenz wählte als ihren Vertreter für die Bischofssynode den Diözesanbischof von St. Pölten, Dr. Franz Zak. Kardinal Dr. König wird als Leiter des römischen Sekretariates für die Nichtgläubigen ebenfalls teilnehmen.

4. Römischer Visitations- „Ad-limina“-Besuch 1977

Unter dem Tagesordnungspunkt Römische Dokumente wurde dem alle fünf Jahre stattfindenden offiziellen Besuch der Bischöfe Österreichs in Rom ein besonderer Wert eingeräumt. Auf Wunsch des Hl. Vaters werden alle österreichischen Diözesanbischofe mit Herrn Kardinal König den Ad-limina-Besuch in Rom gemeinsam machen; vorgesehener Termin ist: 12. bis 18. September 1977. Ein gemeinsamer Bericht über die Kirche in Österreich in den letzten fünf Jahren wird bereits von einer Fachkommission erstellt; dieser 5-Jahres-Bericht und die einzelnen Diözesanberichte werden übergeben werden.

5. Rat der Europäischen Bischofskonferenzen

Der Bericht über die europäische pastorale Zusammenarbeit im bestehenden Rat, sowie die Planungen für das europäische Bischofssymposium 1978 wurden entgegen genommen. Weihbischof Wagner, Linz, wurde für weitere drei Jahre zum Vertreter der Österr. Bischofskonferenz bestellt. Das Vatikanische Staatssekretariat hat ein eigenes Sekretariat in Brüssel und Straßburg eingerichtet, damit die Belange der Kirche wahrgenommen und die Information aller Bischofskonferenzen Europas vollzogen werden können.

6. Kirche in der Gesellschaft

Die Bischöfe erklärten, daß sie aus ihrer grundsätzlichen Verantwortung für die Leitung der Kirche heraus die christlichen Grundsätze immer wieder verkünden und an alle Menschen appellieren, im persönlichen und gesellschaftlichen Leben den rechten Weg zu gehen. Die Kirche kann nicht schweigen, wenn Grundwerte wie menschliches Leben, Ehe und Familie, sittliche gesunde Lebenssituation in Gefahr kommen.

In diesem Sinne hat Herr Kardinal König in den letzten Tagen eindeutige Worte zum **Schutz der Familie**, insbesondere der Frauen und Kinder im Falle der Ehescheidung gesprochen. Auf Grund der neuesten parlamentarischen Diskussion gaben die österreichischen Bischöfe eine Erklärung (Art. 158).

Ferner wurde festgestellt, daß die Kirche nicht irgendein Verein und die Lehre der Kirche keine Ideologie sei. Die Kirche ist Glaubensgemeinschaft und die Lehre Christi hat gültigen, zeitungebundenen ständigen Wert.

Unter den verschiedenen Problempunkten haben die Bischöfe zu der Infragestellung des **Religionsunterrichtes** Stellung genommen — siehe Art. 158.

7. Ethnische Minderheiten

Die Österreichische Bischofskonferenz weist angesichts der intensiven Diskussionen zur Frage der ethnischen Minderheiten — da dies auch eine seelsorgliche Frage ist — auf die Beschlüsse des Österreichischen Synodalen Vorganges hin, wo für das Recht der Minderheiten eingetreten wird, (ÖSV, 2. Kapitel) und wo es im Leitsatz heißt:

„Alle Volksgruppen haben ein Recht auf ihren auch zukünftigen Bestand und ihre harmonische religiöse, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entfaltung.“ (1. 4. 1.)

„Alle Katholiken Österreichs sind aufgerufen, mit jenen Mitmenschen, die sich in Österreich als Minorität zum Beispiel wegen ihrer anderen Muttersprache in einer Isolation befinden, in Brüderlichkeit, gegenseitiger Achtung und Unterstützung zusammenzuleben. Sowohl in den Reihen der Minderheit als auch in jenen der Mehrheit muß vermieden werden, das Zusammenleben und die Zusammenarbeit durch Abkapselung und Überspitzung der eigenen Position zu erschweren oder gar in Frage zu stellen.“ (1. 4. 2)

Die Kirche wünscht, daß im Geiste christlicher Gerechtigkeit und Liebe großzügig von allen österreichischen Staatsbürgern und den zuständigen Stellen eine

befriedigende Lösung in der Minderheitenfrage gefunden werde, da Unfriede und Streit niemand nützt. Die konkreten Fragen sind politische Entscheidungen, die jeder Österreicher, gleich welcher Sprache er angehört, in seinem Gewissen zu verantworten hat.

8. Liturgie

Erzbischof Berg berichtete über die gute Entwicklung der liturgischen Reform, über die neuen Richtlinien über die eucharistische Frömmigkeit. Die Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum für die liturgische Vertiefung der Christen geht gut voran, wodurch störende Vorgänge sicher bewältigt werden können. Die Kirche bleibt ihrer Tradition treu, aber sie wird die liturgische Seelsorge für unsere Zeit gestalten, so daß alle Gläubigen voll und ganz mittun können.

Das neue Gebet- und Gesangbuch „Gotteslob“ ist im deutschsprachigen Raum mit über 7 Millionen Exemplaren verbreitet. Die besondere Vertiefung der Mitfeier und des Empfanges der Sakramente wird als pastorales Anliegen und Kontaktmöglichkeit mit allen getauften Katholiken hervorgehoben. Das pastorale Taufgespräch mit Eltern und Paten vor der Taufe erweist sich als besonders fruchtbar.

Für die Priester und Ordensleute wird im kommenden Jahr das neue Brevier fertiggestellt werden.

9. Theologische Ausbildung und Erwachsenenbildung

Die theologische Ausbildung der Theologen in Österreich und die Weiterbildung wird durch die Dekanekonferenz der theologischen Fakultäten, sowie durch die Regentenkonferenz ständig beraten. Diese Zielpunkte werden in Rom vom 23. bis 30. November 1977 gesamt kirchlich beraten, wo auch die Vertreter der österreichischen theologischen Fakultäten teilnehmen.

Die österr. Bischofskonferenz hat auch die neue Form des theologischen Hochschulstudiums der Nichtmaturanten ab Herbst 1977 mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Der Bericht über die bedeutsame Tätigkeit kath. Erwachsenenbildung wurde positiv bewertet und festgestellt, daß gerade auch auf diesem Gebiet die Kirche eine wichtige Aufgabe für die Gesellschaft leiste.

10. Laientheologen

Für die Auswahl, die Ausbildung und den Einsatz der Laientheologen sorgen sich in Österreich in allen Diözesen zu-

ständige Referenten, wie auch Seelsorger an den Studienorten. Die Bischofskonferenz hat Herrn Weihbischof Mayr aus Salzburg als zuständigen Verbindungsmann zur Bischofskonferenz bestellt, der die einzelnen Anliegen und Ziele wahrnehmen soll.

11. Ökumene

Die Bischofskonferenz nahm den Vorschlag der Kath.-Evangelischen Kommission über ein Arbeitspapier „Die katholische Trauung unter Mitwirkung eines evangelischen Pfarrers“ und im Sinne der Mischehenseelsorge ebenso die „Handreichung für ein Gespräch mit bekenntnisverschiedenen Brautleuten über die Taufe und die Ehe“ zur Kenntnis.

Es wurde gutgeheißen, daß in der Sektenfrage die Kath.-Evangelische Kommission einen gemeinsamen Weg geht und das Sektenreferat der Erzdiözese Wien auch als Informationsstelle dienen kann. Das Sektenproblem soll auch bei den verschiedenen Zusammenkünften von Eltern und Familienverbänden zur Sprache gebracht werden.

Die Not für die Eltern durch Sekten beeinflusster Kinder muß ganz ernst genommen werden. Es wird auch auf die Gefahren der Unterwanderung unter Mißbrauch der Gastfreundschaft kirchlichen Raums gewarnt.

12. Für Menschenwürde und Gerechtigkeit

Die Bischöfe verfolgen mit großem Interesse die Tätigkeit von Amnesty International, die konkrete Appelle, Aufforderungen und Hilfsaktionen gegen Ungerechtigkeit, Folter und Freiheitsberaubung sowie Kerker und Gewalttaten in aller Welt macht.

In diesem Sinne stimmt man den Stellungnahmen der „Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen“ zu, die alle internationalen Terrorakte verurteilt und alle politischen und gesellschaftlichen Mächte wie auch an die Massenmedien appellieren, der Frage der Bekämpfung breiten Raum zu widmen.

Es wurde auf den Leitsatz des Österr. Synodalen Vorganges hingewiesen:

Alle katholischen Christen Österreichs mögen sich ihrer Apostolatsaufgabe bewußt werden und im Geiste Christi gemäß ihren Möglichkeiten den Mitmenschen dienen. Vor allem sollen sie im persönlichen Bereich und im politischen Leben für Frieden und Verständigung eintreten. Ihre Aufgabe ist es, gegen jede Willkür und Unterdrückung, gegen Terror und Gewalt und gegen jeden Mißbrauch der Macht aufzutreten und allen, die ma-

terielle und geistige Not leiden, brüderliche Hilfe zu leisten.“ (II/1. 2. 2.)

13. Katholische Aktion Österreichs und Apostolische Bewegungen

Die Bischofskonferenz hat das neue Präsidium der Kath. Aktion Österreichs bestätigt und einstimmig den neuen Geistlichen Assistenten der Kath. Aktion Österreichs, P. Provinzial Dr. Kraxner bestellt. Ebenso wurde die neue Leitung des Katholischen Akademikerverbandes Österreichs bestellt. Dem scheidenden Präsidium und Mitarbeitern der Leitung, insbesondere auch dem bisherigen Geistlichen Assistenten, Prälat Dr. Karl Strobl, wurde der Dank ausgesprochen. Die Berichte des Österr. Laienrates und der kath. Verbände wurden mit Dank zur Kenntnis genommen. Die umfassende Tätigkeit des Kath. Familienverbandes und des Katholischen Familienwerkes wird in unserer Zeit der Auseinandersetzung über Ehe und Familie als besonders bedeutsam anerkannt. Die Bischöfe rufen die Katholiken Österreichs auf, sich besonders um die entsprechende Vorbereitung und Sicherung von Ehe und Familie zu sorgen; sie mögen sich in den Fragen der Ehescheidung und in den Problemen der Ehezerüttung für eine gesunde neue Strukturierung der Ehe einsetzen.

In besonderer Weise begrüßen die Bischöfe Österreichs das ORF-Kolleg „Wem glauben?“ und laden alle Katholiken zur Teilnahme ein. Allen Mitarbeitern, insbesondere Herrn Prälat Dr. Karl Strobl wird Anerkennung ausgesprochen. Es ist erfreulich, daß wiederum das größte ORF-Kolleg durchgeführt werden kann. Da die Thematik zu den grundlegenden Fragen christlicher Weltorientierung und Glaubensbildung gehört, stellen sich die Bischöfe voll hinter dieses ORF-Glaubenskolleg.

14. Pressefragen

Die Bischofskonferenz nahm die Neuorientierung der „Furche“ mit Dank zur Kenntnis und freut sich über das Engagement für diese wichtige Wochenzeitung. Zugleich empfiehlt sie den Katholiken, sich um alle katholischen Presseorgane zu sorgen und sowohl die katholischen Presseorgane zu kaufen als auch in ihnen selbst mitzuwirken. Gerade auch die jungen Menschen sollen im Bereich der katholischen Presse sich einfinden und es wäre wünschenswert, wenn eine systematische Ausbildung und Formung katholischer Journalisten in Zukunft noch viel besser gelingen würde.

Der Bericht über die Zusammenkünfte der Kirchenzeitungsredakteure wurde

entgegengenommen und die geistige und entsprechend redaktionelle Zusammenarbeit mit den Kirchenzeitungen Österreichs wurde gutgeheißen. Insbesondere wurde die letzte Tagung besprochen, wo auch drei Bischöfe teilgenommen haben. Gespräche mit den Journalisten der Kirchenpresse werden fortgesetzt.

15. Europäischer Hilfsfonds

Für die Anliegen der verschiedenen Diözesen des Ostens und Südostens Europas hat die Österr. Bischofskonferenz wieder 4. Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Dieses Geld soll eine Beihilfe sein, um einzelnen kirchlichen Zentren in ihrer seelsorglichen Tätigkeit eine Unterstützung zu bieten. Es soll zugleich ein Zeichen der brüderlichen Verbundenheit sein mit allen Diözesen in diesen Ländern.

16. Träger kirchlicher Dienste

Es wurde der Bericht der vielfältigen gesamtösterreichischen Organisationen entgegengenommen, die sowohl Fragen der Priester der Ordensleute, der Laienbewegungen und des Einsatzes hauptberuflicher Laien im kirchlichen Dienste umfassen. Die Bischöfe stellten fest, daß es erfreulich ist, daß in allen Sparten gute Initiativen laufen, um sowohl die Priesternachwuchsfrage, wie das seelsorgliche

160. Aus dem Pastoralrat (6. November 1976)

Die Vollversammlung beginnt mit einem Gebetgedenken für den am Vortag verstorbenen Generaldechant Ehrenkanonikus Karl Thöne. Die Mitglieder des Pastoralrates senden dem Herrn Diözesanbischof Genesungswünsche an sein Krankenlager in Grieskirchen.

Der Pastoralrat stellt sich im Sinne der gesetzten pastoralen Akzente hinter das zweite ORF-Kolleg „Wem glauben?“ und beschließt einstimmig: **Der Pastoralrat empfiehlt allen Katholiken die Teilnahme am ORF-Kolleg „Wem glauben?“.**

Aus der Tätigkeit des Vorstandes wird besonders der Bericht über die **Situation in den Kindergärten** herausgegriffen und der Fachausschuß für sozialkaritative Dienste beauftragt, die Frage der Kindergärten für die nächste Vollversammlung des Pastoralrates vorzubereiten. Als gemeinsamer Appell wird verabschiedet:

Die Vollversammlung des Pastoralrates der Diözese Linz weist alle Eltern von vorschulpflichtigen Kindern, die Kindergartenerhalter und öffentlichen Stellen auf den Zielparagraph § 3 (1) des OÖ. Landes-Kindergartengesetzes hin, in dem es heißt:

Arbeitskonzept der Ordensleute und die Ausbildung kirchlicher Berufe durchzuführen. Die pastoralen Planungen für gemeinsame Anliegen der Seelsorge in ganz Österreich werden in eigenen Kommissionen beraten und sowohl kircheninterne Fragen wie auch Fragen, die die Glaubensgefährdung betreffen, werden beraten. Nicht für alle Anliegen und an allen Plätzen, wo Priester gewünscht werden, können allerdings Priester zur Verfügung gestellt werden.

17. Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft Österreichs (MIVA)

Nach langjähriger Tätigkeit legt der bisherige Präsident Prälat Vieböck den Vorsitz zurück. Dem scheidenden Vorstand wurde die Anerkennung und der Dank der Bischofskonferenz ausgesprochen. Der neue Vorstand wurde von der Bischofskonferenz bestätigt. Die MIVA stellt eine der wichtigen Faktoren für die internationale Hilfe dar, die von der Kirche aus geleistet werden.

18. Nächste Bischofskonferenz

Vom 29. bis 31. März 1977 findet die Frühjahrskonferenz der Österr. Bischöfe in Wien statt, wobei am 28. März 1977 die meisten bischöflichen Kommissionen bereits vorbereitende Gespräche führen.

„Aufgabe des Kindergartens ist es, die Erziehung der Kinder durch die Familie zu unterstützen und zu ergänzen. Dabei sind die Anlagen der Kinder nach grundlegenden sittlichen, religiösen und sozialen Werten ihrer Entwicklung entsprechend zu entfalten.“

Weil die Berücksichtigung der religiösen Werte im Kindergarten nicht möglich ist ohne religiöse Zeichen, religiöse Thematik, religiöses Liedgut und Brauchtum, ist es notwendig, daß diese Elemente in jedem Kindergarten einen festen Platz haben, wenn das zitierte Gesetz erfüllt werden soll.

Diözesan-Jugendseelsorger Josef Mayr berichtet über die bisherigen Ergebnisse des Fachausschusses „**Kinder- und Jugendpastoral**“ und über die Erhebung von Gruppen aller kirchlichen Jugendorganisationen und Zentren, die nach endgültiger Fertigstellung allgemein veröffentlicht wird. Der Pastoralrat empfiehlt den neu zu wählenden Pfarrgemeinderäten eine bessere Vertretung der Jugend im PGR. Wenn durch die Wahlen nicht mindestens zwei Jugendvertreter in den PGR gewählt

wurden, soll durch Kooptierung eine bessere Vertretung erreicht werden.

Der Pastoralrat empfiehlt den Pfarrgemeinderäten, die Begegnung zwischen Erwachsenen und Jugendverantwortlichen als eine seiner ersten Aufgaben zu sehen. In gemeinsamer Auseinandersetzung soll einerseits der nötige Freiraum garantiert und andererseits aber auch Übereinstimmung über Ziele und Methoden der Jugendarbeit angestrebt werden.

Der Pastoralrat empfiehlt die Einsetzung von Projektgruppen, die im Einvernehmen mit der Kath. Aktion im Sinne der früheren Beschlüsse (LDBl. 1975, Art. 161) binnen Jahresfrist einen Jugendplan für ihre Region erstellen sollen. Vorerst sollen folgende Projektgruppen eingesetzt werden: Region Braunau-Mattighofen, Dekanat Freistadt, Wels-Stadt und Dekanat Bad Ischl.

Damit diejenigen pfarrlichen Gruppen, die sich keiner Gliederung zugehörig fühlen und sich daher als allgemeine Pfarrjugend deklariert haben, auch die Hilfe der Diözesan-Jugendstelle im Pastoralamt in Anspruch nehmen können, soll die Diözesan-Jugendstelle im Einvernehmen mit der Kath. Aktion im Lauf dieses Arbeitsjahres mit diesen Pfarren in direkten Kontakt treten und ihre Bedürfnisse und Wünsche erheben.

Vom Tagesordnungspunkt „Der diözesane Dienstpostenplan“ nimmt der Pastoralrat das **künftige Personalkonzept**, das Weihbischof Dr. Wagner als Generalvikar ähnlich wie beim Priesterrat (vgl. LDBl. 1976, Art. 147) vorgelegt hatte, als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis. Stellungnahmen der Mitglieder, verschiedener Gruppen, der Pfarrgemeinderäte und Dekanatsräte sind bis 20. Jänner 1977 an den Vorstand des Pastoralrates zu richten.

Aus den bisherigen Erfahrungen ergaben sich eine Reihe von Änderungen für **Statut, Geschäftsordnung und Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat**.

161. Statut für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz

Das folgende „Statut für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz“ mit der dazugehörigen **Geschäftsordnung und Wahlordnung** wurde bei der Vollversammlung des Pastoralrates am 6. November 1976 beschlossen. Als Diözesanbischof gebe ich mit meiner Unterschrift die **Rechtswirksamkeit** und setze gleichzeitig das bisherige Statut, die Geschäfts- und Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz (Linzer Diözesanblatt 1972, Art. 96) mit den Änderungen (Linzer Diözesanblatt 1973, Art. 141) außer Kraft.

Möge die Mitarbeit und Mitverantwortung vieler aktiver Katholiken in den Pfarrgemeinderäten das Wirken der Kirche in unseren Pfarren verlebendigen und festigen!

19. November 1976

† Dr. Franz Sal. Zauner
Bischof von Linz

Der Pastoralrat beschließt das Statut für die Pfarrgemeinderäte in der Diözese Linz mit der dazugehörigen Geschäftsordnung und Wahlordnung. Sie wurden inzwischen auch vom Diözesanbischof bestätigt (Vgl. Art. 161 bis 163).

Über Vorschlag des Vorstandes und nach Beratung in der Dechantenkonferenz beschließt der Pastoralrat, daß (in Abänderung von LDBl. 1976, Art. 77) für die Wahl der Pfarrgemeinderäte in der Diözese Linz zwei Termine genommen werden, und zwar am 20. März 1977 und am 19. Februar 1978, wobei besonders der erste Termin motiviert und propagiert werden soll.

Gleichzeitig beschließt der Pastoralrat für alle Pfarren der Diözese Linz als einheitlichen Wahltermin: Frühjahr 1982. Da nach dem neuen Statut die Funktionsdauer des Pfarrgemeinderates auf fünf Jahre verlängert wurde, ist im Hinblick auf diesen einheitlichen Termin 1982 für jene Pfarren, die erst 1978 den PGR wählen, Art. 3, Abs. 9 des Statuts zu modifizieren.

Im Bericht „Diözesanhaus“ konnte Weihbischof Dr. Wagner über zwei Besprechungen der Bauherrenvertretung mit der Planungsgemeinschaft der Architekten berichten und über die Unterzeichnung des Kaufvertrages Caritas — Barmherzige Schwestern. Mitte Dezember ist die Vorstellung des endgültigen Vorprojektes vorgesehen, dann soll die endgültige Entscheidung für das Projekt fallen.

Aus Zeitknappheit einigte sich der Pastoralrat, daß der Bericht über die Tätigkeit des Bautenkomitees und aus der Arbeit der Fachausschüsse für die nächste Vollversammlung verschoben werden. Als Termin für die Frühjahrs-Vollversammlung des Pastoralrates ist Samstag, der 26. März 1977, vorgesehen; als Herbsttermin wird der 5. November 1977 vorgeschlagen.

I. Der Pfarrgemeinderat

Artikel 1: Wesen des Pfarrgemeinderates

Der Pfarrgemeinderat ist jenes Gremium der Pfarre, das den Pfarrer bei der Leitung der Pfarre mitverantwortlich unterstützt und — im Rahmen der diözesanen Gesetzgebung — in Fragen des pfarrlichen Lebens zusammen mit dem Pfarrer entscheidet.

Artikel 2: Aufgaben des Pfarrgemeinderates

1. Der Pfarrgemeinderat ist im Rahmen der kirchlichen Gesetze, Vorschriften und Richtlinien für das Leben der Pfarrgemeinde und für die Erfüllung ihrer Aufgaben mitverantwortlich.

2. Ihm kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:

a) Der Pfarrgemeinderat hat die der pfarrlichen Lage entsprechenden seelsorglichen Aufgaben zu sehen und hierfür ein Seelsorgekonzept zu erstellen. Er hat unter Berücksichtigung des Dekanats- und Diözesan-Seelsorgekonzeptes für seine Verwirklichung zu sorgen.

b) Der Pfarrgemeinderat verwaltet das ortskirchliche Vermögen, soweit nicht nach kirchlichem und staatlichem Recht die Verwaltung anderen Organen (Pfarrkirchenrat) obliegt. (Vgl. „Pfarrgemeinderordnung“, Art. 6/3 in LDBl. 1972, Nr. 3.)

c) Der Pfarrgemeinderat repräsentiert die Pfarrgemeinde. Die Vertretungsbefugnis richtet sich nach Artikel 5.

d) Der Pfarrgemeinderat sorgt entsprechend den diözesanen Richtlinien für die Ausformung der nötigen Strukturen der Pfarre und fördert die Bildung kirchlicher Organisationen und Gruppen; er regt deren Arbeit an und koordiniert im Hinblick auf die Pfarrgemeinde.

e) Der Pfarrgemeinderat sorgt für die erforderlichen Informationen nach innen und nach außen (insbesondere auch an das Dekanat und an die Diözese).

Artikel 3: Zusammensetzung des Pfarrgemeinderates

1. Der Pfarrgemeinderat setzt sich zusammen aus amtlichen, gewählten und berufenen Mitgliedern.

2. Die amtlichen Mitglieder sind:

a) Der Pfarrer, die übrigen Pfarrseelsorger und die hauptamtlichen Pastoralassistenten (Pastoralassistentinnen).

b) Ein Vertreter der außer den Pfarrseelsorgern in der Pfarre tätigen Religionslehrer.

c) Ein Vertreter der hauptamtlich Bediensteten einschließlich der ständigen Caritashelfer(innen).

d) Der Obmann-Stellvertreter des Pfarrkirchenrates (Fachausschusses Finanzen).

e) Je ein Vertreter der in der Pfarre tätigen männlichen und weiblichen Ordensangehörigen.

f) Drei Vertreter der Kath. Aktion, davon ein Vertreter der Jugend.

g) Ein Vertreter der anderen im Pfarrleben tätigen laienapostolischen Bewegungen. Zu diesen zählen die im Forum für das diözesane Laienapostolat der Diözese Linz vertretenen Organisationen.

3. Die Art der Entsendung der amtlichen Mitglieder ergibt sich aus der Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat.

4. Die gewählten Mitglieder des Pfarrgemeinderates werden in geheimer Wahl bestimmt. Wählbar ist jedes Glied der Pfarrgemeinde, das am 31. Dezember des Wahljahres das 17. Lebensjahr vollendet hat und zur Übernahme der Aufgabe bereit ist. Wahlberechtigt sind alle Glieder der Pfarrgemeinde, die am 31. Dezember des Wahljahres das 17. Lebensjahr vollendet haben. Das Nähere hierüber, insbesondere auch die Gründe, die vom aktiven oder passiven Wahlrecht ausschließen, bestimmt die Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat.

5. Der Pfarrgemeinderat soll der Größe der Pfarre entsprechen. Er hat in den Pfarren bis 3000 Katholiken zwischen 13 und 21 Mitglieder, in Pfarren über 3000 Katholiken zwischen 21 und 31 Mitglieder.

6. Mindestens die Hälfte aller Mitglieder des Pfarrgemeinderates müssen gewählte Mitglieder sein. Sollten die amtlichen Mitglieder mehr als die Hälfte der vom Pfarrgemeinderat festgelegten Anzahl von Mitgliedern ausmachen, so ist die Zahl der zu wählenden Mitglieder entsprechend zu erhöhen.

7. Berufene Mitglieder sind jene Personen, die wegen besonderer Sachkenntnisse und Aufgaben auf Vorschlag des Pfarrers oder eines anderen Pfarrgemeinderatsmitgliedes durch Beschluß des Pfarrgemeinderates in diesen berufen werden. Eine Berufung kann auch vor Vollendung des 17. Lebensjahres erfolgen.

8. In Pfarren bis 3000 Katholiken kann der Pfarrgemeinderat bis zu vier Personen, in Pfarren über 3000 bis zu 6 Personen zusätzlich berufen, jedoch nur in dem Maße, daß die Zahl der amtlichen und berufenen Mitglieder nicht die Zahl der gewählten Mitglieder übersteigt.

9. Jedem Mitglied steht im Pfarrgemeinderat eine Stimme zu. Ein Unter-

schied zwischen den Mitgliedern gemäß Abs. 2, 4 und 7 besteht diesbezüglich nicht.

10. Die Funktionsdauer des Pfarrgemeinderates beträgt vom Tag der Wahl an fünf Jahre.

11. Der Pfarrgemeinderat kann vor Ablauf der Funktionsperiode seine Auflösung beschließen. Zu einem solchen Beschluß ist die Anwesenheit von zwei Drittel seiner Mitglieder erforderlich. Der Pfarrgemeinderat ist aufgelöst, wenn dies von zwei Drittel der Anwesenden beschlossen wird. Sind bei dieser Sitzung weniger als zwei Drittel der Mitglieder anwesend, so ist innerhalb von vier Wochen eine neuerliche Sitzung einzuberufen. In dieser neuerlichen Sitzung bedarf es zu einem Auflösungsbeschluß der absoluten Mehrheit der Anwesenden. Der Pfarrgemeinderat gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der amtlichen und gewählten Mitglieder unter die Hälfte sinkt und keine Ersatzleute mehr vorhanden sind. Von der Auflösung hat der Pfarrer das Bischöfliche Ordinariat unverzüglich zu verständigen.

Endet die Funktionsperiode des Pfarrgemeinderates vor Ablauf der fünf Jahre, so ist ein neuer Pfarrgemeinderat zu wählen, dessen Funktionsperiode jedoch nur bis zum Ablauf der restlichen fünfjährigen Periode dauert. Nach der Auflösung des Pfarrgemeinderates ist die Neuwahl binnen acht Wochen einzuleiten.

12. Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates haben ihre Funktion nach Ablauf der Funktionsdauer bzw. nach Auflösung des Pfarrgemeinderates solange weiterzuführen, bis sich der neue Pfarrgemeinderat konstituiert hat.

13. Verlust der Pfarrzugehörigkeit oder der die Mitgliedschaft begründenden Funktion sowie das nachträgliche Eintreten eines Wahlausschließungsgrundes ziehen das Ausscheiden aus dem Pfarrgemeinderat nach sich, was dieser formell festzustellen hat. (Vgl. „Pfarrgemeindevorordnung“, Artikel 3.)

14. Scheidet ein Mitglied des Pfarrgemeinderates aus, so ist an dessen Stelle ein neues Mitglied des Pfarrgemeinderates in gleicher Weise zu bestellen, wie das zu ersetzende Mitglied bestellt wurde. Ist der Ersatz bereits bestellt, rückt dieser nach.

15. Gewählte und berufene Mitglieder können vorzeitig abberufen werden, wenn der Pfarrgemeinderat bei Anwesenheit von mindestens zwei Drittel einen begründeten Mißtrauensantrag mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden annimmt. Das abberufene Mitglied hat das Recht, binnen zwei Wochen die „Schlichtungs- und

Schiedsstelle der Diözese Linz“ anzurufen. Die Anrufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Anmerkung: Ein Mißtrauensantrag erscheint insbesondere dann als begründet, wenn ein Mitglied des Pfarrgemeinderates seine Aufgaben ohne Angabe von Gründen nicht wahrnimmt und regelmäßig von den Sitzungen des Pfarrgemeinderates oder seinen Ausschüssen unentschuldigt fernbleibt.

Der Pfarrer und die übrigen Pfarrseelsorger können jedoch nur vom Bischof abberufen werden.

16. Der Pfarrgemeinderat kann durch Beschluß seinen Sitzungen fallweise fachkundige Personen als Mitarbeiter in beratender Funktion beiziehen.

17. Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates müssen um ihre Aufgaben wissen und auf deren Erfüllung bedacht sein. Sie sind vor ihrer Wahl (Berufung) darüber zu informieren und sollen in jedem Arbeitsjahr an einer den Pfarrgemeinderat betreffenden Weiterbildungsveranstaltung teilnehmen.

Artikel 4: Konstituierung des Pfarrgemeinderates

1. Die amtlichen und die gewählten Mitglieder des Pfarrgemeinderates treten innerhalb sechs Wochen nach der Wahl zur konstituierenden Sitzung zusammen. Die rechtzeitige Einberufung obliegt dem Pfarrer.

2. Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates werden vom Pfarrer durch folgendes Versprechen auf ihr Amt verpflichtet:

„Sie versprechen, Ihr Amt im Pfarrgemeinderat gewissenhaft zu erfüllen und am kirchlichen Heilsauftrag unserer Gemeinde nach Kräften mitzuwirken.“

Die Mitglieder des Pfarrgemeinderates reichen dem Pfarrer die Hand und sagen: „Ich verspreche es.“

3. In der konstituierenden Sitzung ist die Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Leitung vorzunehmen, sofern der Pfarrgemeinderat nicht beschließt, die Wahl erst in der zweiten Sitzung vorzunehmen.

4. Die Namen der Mitglieder des Pfarrgemeinderates, der stellvertretenden Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder der Leitung sind, nachdem auch die berufenen Mitglieder feststehen, öffentlich bekanntzumachen. Ferner sind die Namen dem Dekanat und dem Bischöflichen Ordinariat bekanntzugeben.

Artikel 5: Innere Organisation des Pfarrgemeinderates

1. Vorsitzender des Pfarrgemeinderates ist der Pfarrer. Der Vorsitzende vertritt den Pfarrgemeinderat nach außen und es

hiezuhin in den entsprechenden Aufgabenbereich ein.

6. Der Schriftführer führt das Protokoll und den Schriftverkehr im Pfarrgemeinderat und in der Leitung. Das Protokoll des Pfarrgemeinderates wird vom Vorsitzenden und vom Schriftführer gezeichnet. Ständige Geschäftsstelle des Pfarrgemeinderates ist die Pfarrkanzlei.

7. Die Funktionsdauer der Leitung ist gleich der des Pfarrgemeinderates.

8. Der Pfarrgemeinderat wird vom Vorsitzenden einberufen. Er hat den Pfarrgemeinderat einzuberufen, wenn es die Leitung beschließt oder wenigstens ein Viertel der Mitglieder des Pfarrgemeinderates verlangt.

Artikel 6: Arbeitsweise des Pfarrgemeinderates

1. Jede Tätigkeit des Pfarrgemeinderates muß sich auf einen von ihm gefaßten Beschluß stützen.

2. Die Beschlüsse des Pfarrgemeinderates kommen durch Abstimmung zustande. Der Pfarrgemeinderat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und, sofern es sich um eine ordentliche Sitzung handelt, wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Kann eine Abstimmung wegen Beschlußunfähigkeit nicht vorgenommen werden, so schließt der Vorsitzende die Sitzung oder er unterbricht oder vertagt sie. Wird der Pfarrgemeinderat innerhalb von vierzehn Tagen mit der gleichen Tagesordnung erneut einberufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Außerordentliche Sitzungen sind nach ordnungsgemäßer Einladung aller Mitglieder ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Bei einer außerordentlichen Sitzung des Pfarrgemeinderates kann nur über jenen Gegenstand beraten werden, der Anlaß für die Einberufung der außerordentlichen Sitzung war.

3. Beschlüsse des Pfarrgemeinderates bedürfen der absoluten Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

4. Jeder Beschluß bedarf eines Antrages, der den Wortlaut des vorgeschlagenen Beschlusses enthalten muß. Jeder Antrag kann jederzeit zurückgezogen werden.

5. Die Sitzungen des Pfarrgemeinderates sind öffentlich; durch Beschluß kann für bestimmte Tagesordnungspunkte die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Artikel 7: Fachausschüsse

1. Zur Vorberatung von Tagesordnungspunkten des Pfarrgemeinderates und zur Bearbeitung laufender Aufgaben werden Fachausschüsse eingerichtet. Der Pfarr-

obliegt ihm, im Zusammenwirken mit der Leitung (Abs. 2 und 3) für die Durchführung der Beschlüsse des Pfarrgemeinderates zu sorgen.

2. Der Pfarrgemeinderat wählt mit absoluter Mehrheit aus seiner Mitte zwei Laien als ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, von denen einer aus dem Kreis der gewählten Mitglieder sein muß, einen Schriftführer und je nach Bedarf bis zu fünf weitere Mitglieder, die zusammen mit dem Pfarrer die Leitung des Pfarrgemeinderates bilden. Die bestellten Pfarrseelsorger sind kraft ihres Amtes Mitglieder der Leitung. Den Vorsitz in der Leitung führt der Pfarrer. Der Pfarrer kann den ersten Stellvertreter zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates ernennen. Die Sitzungen der Leitung sind nicht öffentlich.

3. Wahlvorschläge für die Mitglieder der Leitung können von jedem Mitglied des Pfarrgemeinderates eingebracht werden. Bei der Wahl ist zu berücksichtigen, daß die wichtigsten pfarrlichen Aufgabenbereiche in der Leitung vertreten sind.

4. Der Leitung kommen folgende Aufgaben zu:

a) Sie hat die für eine gedeihliche Arbeit der Pfarrgemeinde erforderlichen Initiativen zu entwickeln, entsprechende Vorschläge und Anträge zu erarbeiten, die Sitzungen des Pfarrgemeinderates vorzubereiten und die Tagesordnung festzulegen.

b) Ihr obliegt über eigenen Beschluß oder über Verlangen des Pfarrers die Führung der laufenden Geschäfte und die Erledigung aller Aufgaben, für die sich weder der Pfarrgemeinderat noch der Pfarrer zuständig erklären.

c) Sie hat an der Durchführung der Beschlüsse des Pfarrgemeinderates mitzuwirken.

5. Der erste stellvertretende Vorsitzende, in seiner Verhinderung der zweite stellvertretende Vorsitzende, übernimmt bei Verhinderung des Pfarrers oder über dessen Wunsch den Vorsitz im Pfarrgemeinderat und in der Leitung. Darüber hinaus kann einer der stellvertretenden Vorsitzenden auf Vorschlag des Pfarrgemeinderates vom Bischof berufen werden, vorübergehend Vertretungsaufgaben als „Pfarrvorsteher“ zu übernehmen. Solche Aufgaben des „Pfarrvorstehers“ sind beispielsweise:

Besorgen und Einführen von priesterlichen Aushilfen, die Sorge für Wortgottesdienste und die Verwaltung des kirchlichen Vermögens, soweit nicht der Pfarrkirchenrat zuständig ist. Der Pfarrer, im Verhinderungsfall der Dechant, führt ihn

gemeinderat bestimmt durch Beschluß, welche ständigen oder nicht ständigen Fachausschüsse zu bilden sind, welche Aufgaben sie zu besorgen haben, ferner die Zahl ihrer Mitglieder (Ersatzmitglieder). Die Mitglieder der Fachausschüsse sind vom Pfarrgemeinderat aus dem Kreis der Mitglieder zu wählen.

2. Für die Fachausschüsse kommen insbesondere folgende Sachgebiete in Betracht: Verkündigung, Liturgie, Caritas, Erwachsenenbildung, Jugend, Alter, Finanzwesen, Bauwesen etc.

3. Jeder Fachausschuß kann durch Beschluß weitere Mitglieder kooptieren. Die kooptierten Mitglieder haben Sitz und Stimme im Fachausschuß. Jeder Fachausschuß kann überdies zu einzelnen Verhandlungsgegenständen oder einzelnen Sitzungen Sachverständige beziehen, denen jedoch kein Stimmrecht zukommt.

4. Zur Konstituierung wird jeder Fachausschuß vom Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates einberufen. Jeder Fachausschuß wählt aus seiner Mitte einen Leiter, bei ständigen Fachausschüssen auch einen stellvertretenden Leiter und einen Schriftführer. Bis zur Wahl des Leiters führt der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates den Vorsitz.

5. Die Fachausschüsse werden von ihren Leitern zu den Sitzungen einberufen. Der Leiter muß den Fachausschuß einberufen, wenn es mehr als ein Viertel seiner Mitglieder oder der Pfarrer verlangen.

Artikel 8: Wahlordnung

Das Wahlverfahren für den Pfarrgemeinderat und die damit verbundenen Aufgaben des Pfarrgemeinderates sind in der „Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz“ festgelegt.

Artikel 9: Geschäftsordnung

Die Einzelheiten des Verfahrens im Pfarrgemeinderat, in der Leitung und in den Fachausschüssen sind durch die „Geschäftsordnung für den Pfarrgemeinderat in der Diözese“ geregelt.

162. Geschäftsordnung für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz

I. Pfarrgemeinderat

Artikel 1: Sitzungen, ordentliche, außerordentliche

1. Der Pfarrgemeinderat tritt zu seinen ordentlichen Sitzungen mindestens vierteljährlich zusammen.

2. Der Vorsitzende hat darüber hinaus den Pfarrgemeinderat zu einer ordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn es die Leitung beschließt oder wenigstens ein

II. Die Mitwirkung der Pfarrgemeinde

Artikel 10: Pfarrversammlung

1. Der Pfarrgemeinderat lädt einmal im Jahr, mindestens jedoch jedes zweite Jahr alle Pfarrangehörigen zu einer Pfarrversammlung ein. Den Vorsitz führt der Pfarrer oder ein stellvertretender Vorsitzender des Pfarrgemeinderates.

2. Anträge in der Pfarrversammlung, die wenigstens von doppelt so vielen Stimmberechtigten unterstützt werden, wie der Pfarrgemeinderat Mitglieder hat, müssen im Pfarrgemeinderat behandelt werden.

Artikel 11: Initiativanträge der Glieder der Pfarrgemeinde

1. Ein Initiativantrag muß schriftlich beim Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates eingebracht werden.

2. Der Antrag muß von mindestens so vielen Personen unterschrieben sein, wie der dreifachen Anzahl der Pfarrgemeinderatsmitglieder (Art. 3. Abs. 5) entspricht. Zur Unterfertigung des Antrages sind nur Personen befugt, denen das aktive Wahlrecht zum Pfarrgemeinderat zukommt.

3. Der Antrag hat die Bezeichnung eines Bevollmächtigten (Familien- und Taufname, Beruf, Adresse) zu enthalten, der die Unterzeichner des Antrages vertritt.

4. Die Unterzeichner des Antrages haben ihrer Unterschrift den Namen in Blockbuchstaben, das Geburtsdatum und die Wohnadresse beizufügen.

5. Die Leitung des Pfarrgemeinderates hat die geleisteten Unterschriften zu überprüfen und im Falle der Zulässigkeit des Initiativantrages diesen Antrag bei der nächsten Sitzung des Pfarrgemeinderates auf die Tagesordnung zu setzen.

6. Der Bevollmächtigte (gemäß Abs. 3) ist bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes zu hören.

7. Der Beschluß des Pfarrgemeinderates in dieser Angelegenheit ist dem Bevollmächtigten schriftlich mit Begründung nachweislich zuzustellen.

Viertel der Mitglieder des Pfarrgemeinderates es verlangt.

3. Der Pfarrgemeinderat tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, wenn es der Pfarrer oder der Bischof verlangt, wenn die Leitung es beschließt oder wenn wenigstens ein Viertel der Mitglieder des Pfarrgemeinderates es verlangt.

4. Die Sitzungstermine der ordentlichen Sitzungen legt die Leitung fest. Außer-

ordentliche Sitzungen sind vom Pfarrer zum frühestmöglichen Termin einzuberufen.

Artikel 2: Sitzungen, Einberufung

Die Einladung zu den Sitzungen erfolgt spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin schriftlich durch den Vorsitzenden in ortsüblicher Weise mit Angabe der Tagesordnung. Bei außerordentlichen Sitzungen darf die Einberufungsfrist kürzer sein. Nach Möglichkeit sind die Tagesordnungspunkte zu erläutern. Der Sitzungstermin und die Tagesordnung sind in geeigneter Weise der Pfarrgemeinde bekanntzugeben.

Artikel 3: Leitungs- und Ordnungsbefugnisse des Vorsitzenden

1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung zur anberaumten Stunde. Er gibt dabei etwaige Abwesenheitsentschuldigungen bekannt.

2. Der Vorsitzende leitet die Verhandlung, führt die Rednerliste, erteilt das Wort, bringt die Anträge zur Abstimmung, überprüft vor jeder Abstimmung die Beschlußfähigkeit (Art. 6, Abs. 2 Statut) und gibt das Ergebnis der Abstimmung bekannt.

3. Es ist Aufgabe des Vorsitzenden, für einen geordneten Ablauf der Sitzung zu sorgen. Er ist verpflichtet, die Redefreiheit zu schützen und den Gang der Verhandlungen zu fördern. Er erteilt das Wort und ist berechtigt, die Redner zur Kürze und zur Sache zu ermahnen, ihnen nach wiederholter Ermahnung das Wort zu entziehen oder die Sitzung zu unterbrechen.

Artikel 4: Tagesordnung

1. Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung bekannt und bringt sie zur Abstimmung.

2. Die Streichung oder Hinzufügung eines Tagesordnungspunktes kann nur am Beginn der Sitzung durch einen Beschluß erfolgen.

3. Vor Eingehen in die Tagesordnung hat der Vorsitzende an Hand des Protokolls der letzten Sitzung dem Pfarrgemeinderat über den Stand der Durchführung der Beschlüsse der letzten Sitzung zu berichten bzw. berichten zu lassen.

4. Unter dem Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ können nur einstimmige Beschlüsse gefaßt werden.

Artikel 5: Protokoll

1. Der Schriftführer führt das Protokoll und den Schriftverkehr des Pfarrgemeinderates. Das Protokoll der Pfarr-

gemeinderats-Sitzungen wird vom Vorsitzenden und vom Schriftführer gezeichnet.

2. Das Protokoll ist als Beschlußprotokoll zu führen, im einzelnen hat es zu enthalten:

a) die Liste der Anwesenden, Entschuldigten und Nichtentschuldigten;

b) das Datum, die Zeit des Beginns und die Zeit des Schlusses der Sitzung;

c) die Tagesordnung;

d) den Wortlaut der zur Abstimmung gebrachten Anträge;

e) das Ergebnis der Abstimmung (bejahende, verneinende Stimmen, Stimmenthaltungen);

f) den Wortlaut der Beschlüsse;

g) das Ergebnis der Wahlen;

h) den Wechsel im Vorsitz;

i) die Unterbrechung oder Vertagung der Sitzung;

j) einen allfälligen Einspruch des Pfarrers gegen einen Beschluß des Pfarrgemeinderates (Art. 10).

Im übrigen soll der Gang der Verhandlungen soweit protokolliert werden, daß ein Überblick über den Verlauf der Diskussion bei den einzelnen Tagesordnungspunkten gewonnen werden kann.

3. Eine Ausfertigung des Protokolls ist dem Pfarrer nachweislich binnen acht Tagen, allen anderen Mitgliedern des Pfarrgemeinderates spätestens mit der Einladung zur nächsten Sitzung zuzustellen. Es wird bei der nächsten Sitzung dem Pfarrgemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

4. Die Protokolle sind amtliche Akten, die im Pfarrarchiv aufbewahrt werden und der Visitation unterliegen.

Artikel 6: Anträge

1. Anträge können gestellt werden

a) vom Pfarrer und jedem anderen Mitglied des Pfarrgemeinderates

b) von der Leitung

c) von jedem Fachausschuß

d) von der Pfarrversammlung (Art. 10, Statut)

e) als Initiativen der Glieder der Pfarrgemeinde (Art. 11, Statut)

2. Anträge, die lediglich den Geschäftsgang in einer laufenden Sitzung des Pfarrgemeinderates betreffen, müssen unverzüglich behandelt werden. Der Geschäftsantrag ist zu begründen; eine allfällige Gegenmeinung ist anzuhören. Daraufhin wird der Geschäftsantrag zur Abstimmung gebracht.

Anmerkung: Geschäftsanträge können z. B. sein: Vertagung des Tagesordnungspunktes, Zuweisung einer Sache an einen Fachausschuß, Schluß der Rednerliste, Schluß der Debatte, Begrenzung der Redezeit.

3. Anträge sind an den Vorsitzenden zu richten; Anträge, die nicht im Laufe einer Sitzung gestellt werden, können schriftlich in der Pfarrkanzlei eingebracht werden.

4. Für jeden Punkt der Tagesordnung kann ein Berichterstatter bestellt werden.

Artikel 7: Sitzungsverlauf

1. Zu einem Tagesordnungspunkt erhält zunächst der Berichterstatter das Wort. Darauf folgt die Debatte. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

2. Der Vorsitzende erteilt während der Debatte das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen.

3. Ein Geschäftsantrag auf Schluß der Debatte bedarf zu einer Annahme der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel 8: Beschlußfassung

1. Der Pfarrgemeinderat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und, sofern es sich um eine ordentliche Sitzung handelt, wenigstens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Kann eine Abstimmung wegen Beschlußunfähigkeit nicht vorgenommen werden, so schließt der Vorsitzende die Sitzung oder er unterbricht oder vertagt sie. Wird der Pfarrgemeinderat innerhalb von vierzehn Tagen mit der gleichen Tagesordnung erneut einberufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Außerordentliche Sitzungen sind nach ordnungsgemäßer Einladung aller Mitglieder ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig. Bei einer außerordentlichen Sitzung des Pfarrgemeinderates kann nur über jenen Gegenstand beraten werden, der Anlaß für die Einberufung der außerordentlichen Sitzung war.

2. Beschlüsse des Pfarrgemeinderates bedürfen der absoluten Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten.

3. Jeder Beschluß bedarf eines Antrages, der den Wortlaut des vorgeschlagenen Beschlusses enthalten muß. Jeder Antrag kann jederzeit zurückgezogen werden.

4. Unmittelbar von einer Sache betroffene Personen sind womöglich vor der Beschlußfassung anzuhören, sind aber weder bei der Debatte noch bei der Abstimmung anwesend.

5. Soweit Beschlüsse von allgemeinem Interesse sind, müssen sie in geeigneter Form publiziert werden.

Artikel 9: Abstimmung

1. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen. Es ist jedoch geheim abzustimmen, wenn zumindest drei der anwesen-

den Mitglieder es verlangen; Wahlen sind in jedem Fall geheim durchzuführen.

Anmerkung: In geheimer Abstimmung sind sinnvollerweise zum Beispiel Postenvergebungen, Arbeitsaufträge an Firmen und dergleichen abzustimmen.

2. Wird nicht geheim abgestimmt, so hat der Pfarrer seine Stimme als letzter abzugeben; führt der Pfarrer nicht den Vorsitz, so hat der Vorsitzende seine Stimme als vorletzter abzugeben.

3. Alle Mitglieder haben ihre Stimme persönlich abzugeben.

Anmerkung: Eine Stimmdelegation bzw. eine vorherige schriftliche Abgabe der Stimme bei Nichtanwesenheit ist nicht möglich.

4. Ein Beschluß bedarf der absoluten Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

5. Vor der Abstimmung sind die Anträge noch einmal zu verlesen.

6. Über einen längeren Antrag kann in Teilen abgestimmt werden.

7. Über den Hauptantrag und die hiezu gestellten Abänderungs- und Zusatzanträge, die in der Debatte einbezogen waren, ist in folgender Weise abzustimmen: Über die den Hauptantrag abändernden Anträge wird so abgestimmt, daß der jeweils weitestgehende zuerst an die Reihe kommt. Nach Annahme des Hauptantrages wird über die Zusatzanträge abgestimmt. Im übrigen bestimmt der Vorsitzende die Reihenfolge der Abstimmungen.

Artikel 10: Einspruch gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderates

1. Dem Pfarrer steht das Recht des Einspruches gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderates zu. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

2. Der zu begründende Einspruch ist innerhalb von zwei Wochen zu erheben. Wird der Einspruch bereits in der betreffenden Sitzung eingebracht, so kann der Pfarrer innerhalb dieser Frist die Begründung des Einspruches schriftlich nachbringen.

3. Der Pfarrgemeinderat kann binnen Jahresfrist bei der „Schlichtungs- und Schiedsstelle der Diözese Linz“ den schriftlichen Antrag stellen, daß der ausgesetzte Beschluß Rechtswirksamkeit erlangt. Dieser Antrag ist zu begründen.

Artikel 11: Regelung sonstiger Konflikte

1. Eine Minderheit des Pfarrgemeinderates, gegen deren Stimmen ein Beschluß gefaßt wurde, kann den Bischof anrufen und beantragen, daß dieser von seinem Recht, Beschlüsse des Pfarrgemeinderates aufzuheben, Gebrauch macht. Dieses Anrufungsrecht steht der Minderheit zu, wenn ihre Zahl wenigstens ein Viertel der

bei der Beschlußfassung anwesenden Stimmberechtigten ausmacht.

2. Gegen Beschlüsse des Pfarrgemeinderates, die in die laienapostolischen Bewegungen und exemten Ordensgemeinschaften eingreifen, steht diesen das Recht einer Befassung des Bischofs zu.

II. Leitung und Fachausschüsse

Artikel 12: Abweichungen von der Geschäftsordnung

Die vorstehenden Bestimmungen gelten für die Geschäftsführung der Leitung und der Fachausschüsse sinngemäß, jedoch mit folgenden Abweichungen:

163. Wahlordnung für den Pfarrgemeinderat in der Diözese Linz

A) Wahl der gewählten Mitglieder des Pfarrgemeinderates

(Art. 3, Abs. 4. Statut des Pfarrgemeinderates)

I. Wahlrecht

§ 1: Aktives Wahlrecht

1. Wahlberechtigt sind alle Katholiken, die

a) im Gebiet der Pfarre ihren ordentlichen Wohnsitz haben oder sich dieser Pfarrgemeinde zugehörig fühlen,

b) spätestens am 31. Dezember des Wahljahres das 17. Lebensjahr vollendet haben und

c) vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.

2. Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen

a) wer voll oder beschränkt entmündigt ist,

b) wer durch eine strafrechtliche Maßnahme an der Teilnahme am Gemeindeleben der betreffenden Pfarre verhindert ist.

3. Stichtag ist der Wahltag.

§ 2: Passives Wahlrecht

Wählbar sind alle Katholiken, die

a) das aktive Wahlrecht besitzen,

b) ordnungsgemäß zur Wahl vorgeschlagen sind und ihrer Kandidatur schriftlich zugestimmt haben.

II. Vorbereitung der Wahl

§ 3: Erfassung der Wahlberechtigten

1. Die Wahlberechtigten sind wo immer möglich in Wählerverzeichnisse einzutragen.

2. Wo die Anlage eines Wählerverzeichnisses nicht zumutbar ist, sind Listen vorzubereiten, in die die Wähler beim Wahltag eingetragen werden.

a) Als Einberufungsfrist genügt in der Regel eine Woche.

Anmerkung: In dringenden Fällen kann die Leitung auch sofort einberufen werden.

b) Leiter der Fachausschüsse haben eine Sitzung einzuberufen, wenn es der Pfarrer verlangt.

c) Beschlüsse sind nur zu publizieren, wenn dies ausdrücklich beschlossen wurde.

d) Über Einsprüche des Pfarrers gegen Beschlüsse der Leitung bzw. eines Fachausschusses entscheidet der Pfarrgemeinderat.

3. Wo dies möglich ist, sind Wahlkarten anzufertigen, auf denen die Pfarre, der Name und die Nummer im Wählerverzeichnis anzugeben sind.

4. Weitere Methoden können auf Antrag des Wahlvorstandes vom Pfarrgemeinderat beschlossen werden.

5. Die Ergänzung des Wählerverzeichnisses und die Ausstellung von Wahlkarten ist bis zum Schluß der Wahlzeit zulässig.

§ 4: Wahltermin

Die ordentliche Wahl der Pfarrgemeinderäte erfolgt innerhalb des vom Bischof festgesetzten Zeitraumes.

§ 5: Maßnahmen des Pfarrers (Pfarrvorstehers)

1. Der Pfarrer hat

a) mindestens zehn Wochen vor dem Wahltermin diesen den Gemeindemitgliedern anzukündigen. Dies erfolgt bei den Sonntagsgottesdiensten, durch Aushang für die Dauer einer Woche und — nach Möglichkeit — durch Bekanntgabe des Wahlvorganges,

b) den Vorsitz im Wahlvorstand zu übernehmen,

c) fristgerecht die Kandidatenliste, das (die) Wahllokal(e) und die Wahlzeit(en) bekanntzugeben.

2. Aufgaben, die nach dieser Wahlordnung dem Pfarrer zukommen, können auch vom Pfarrvorsteher (Art. 5, Abs. 5, Statut) oder einem vom Pfarrer bestellten Wahlleiter besorgt werden.

§ 6: Maßnahmen des Pfarrgemeinderates

1. Der Pfarrgemeinderat hat die Wahl vorzubereiten und für ihre Durchführung zu sorgen.

2. Der Pfarrgemeinderat hat insbesondere

a) rechtzeitig Wahllokal(e) und Wahlzeit(en) festzulegen,

b) mindestens zehn Wochen vor dem Wahltermin einen Wahlvorstand zu berufen,

c) mindestens eine Woche vor dem Wahltermin für jedes Wahllokal eine Wahlkommission zu berufen und deren Vorsitzende zu bestellen,

d) die Tätigkeit der von ihm gebildeten Gremien zu überwachen,

e) die Zahl der zu wählenden Pfarrgemeinderatsmitglieder gemäß Art. 3 (5) Statut des Pfarrgemeinderates zu beschließen,

f) die Zahl der auf der Stimmliste angeführten Kandidaten zu beschließen. Die Zahl soll wenigstens um die Hälfte größer sein, als Mitglieder in den Pfarrgemeinderat zu wählen sind, höchstens dreimal so viele;

g) mindestens sieben Wochen vor dem Wahltermin die Namen der amtlichen Mitglieder des neuen Pfarrgemeinderates bekanntzugeben.

3. Besteht die Pfarrgemeinde aus mehreren Orten oder Ortsteilen, so kann der Pfarrgemeinderat beschließen, die zu wählenden Pfarrgemeinderatsmitglieder auf die einzelnen Orte oder Ortsteile aufzuteilen.

§ 7: Wahlvorstand

1. Dem Wahlvorstand gehören an: der Pfarrer und mindestens vier, höchstens acht Glieder der Pfarrgemeinde, die das passive Wahlrecht besitzen müssen und nach § 6, Abs. 2, lit. b., berufen wurden.

2. Dem Wahlvorstand obliegt die Erfassung der Wahlberechtigten.

3. Der Wahlvorstand nimmt die Wahlvorschläge entgegen und erstellt eine Kandidatenliste.

4. Der Wahlvorstand hat die Wählbarkeit der Kandidaten zu prüfen und ihre schriftliche Einverständniserklärung einzuholen.

5. Der Wahlvorstand hat den Druck bzw. die Vervielfältigung der Stimmzettel und die Beschaffung der Briefumschläge zu veranlassen.

§ 8: Wahlvorschläge

1. Wahlvorschläge können von jedem wahlberechtigten Glied der Pfarrgemeinde eingereicht werden. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens einer Person unterschrieben sein.

2. Wahlvorschläge müssen spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin dem Wahlvorstand schriftlich vorliegen. Sie können auch anlässlich der Gottesdienste in der Kirche abgegeben werden.

3. Auf den Vorschlägen müssen Familiennamen und Taufnamen sowie weitere Angaben, die die Identität des Betroffenen eindeutig bestimmen, wie zum Beispiel Beruf, Geburtsjahr und Adresse der Kandidaten und des Vorschlagenden angeführt sein.

§ 9: Kandidatenliste

1. Der Wahlvorstand erstellt aus den vorliegenden Wahlvorschlägen eine Kandidatenliste, wobei er bei der Auswahl der Kandidaten insbesondere die Häufigkeit der Nennung in den eingegangenen Wahlvorschlägen, die Sozialstruktur der Pfarre und die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Pfarre berücksichtigen soll.

2. Die Kandidatenliste enthält Familiennamen, Taufnamen, Beruf, Geburtsjahr, Adresse aller Kandidaten.

3. Wenn der Pfarrgemeinderat eine Aufteilung der zu wählenden Pfarrgemeinderatsmitglieder auf einzelne Orte oder Ortsteile beschlossen hat, dann ist auch die Kandidatenliste entsprechend aufzugliedern.

4. Die Kandidatenliste, das (die) Wahllokal(e), die Wahlzeit(en) und der Wahlvorgang sind vom Pfarrer der Pfarrgemeinde mindestens drei Wochen vor dem Wahltermin durch Verlautbarung bei den Gottesdiensten, durch Aushang und nach Möglichkeit im Pfarrbrief (Pfarrblatt) mitzuteilen.

5. Jedes aktiv wahlberechtigte Pfarrmitglied kann innerhalb einer Woche nach Bekanntmachung der Kandidatenliste vom Wahlvorstand eine Begründung über die Auswahl der Kandidaten verlangen. Ist dem Pfarrmitglied die Auswahl der Kandidaten auch nach der Begründung nicht einsichtig, kann es beim Pfarrgemeinderat Einspruch gegen die Kandidatenliste erheben. Nach Ablauf dieser Woche entscheidet der Pfarrgemeinderat binnen einer weiteren Woche endgültig über sämtliche Einsprüche.

6. Der Aushang der Kandidatenliste muß bis zum Wahltermin für jeden zugänglich sein. Nach Möglichkeit sind die Kandidaten auf geeignete Weise vorzustellen.

7. Mindestens zwei Wochen vor dem Wahltermin sind die gemäß § 3, Abs. 3, erstellten Wahlkarten zuzustellen.

§ 10: Stimmzettel

1. Auf den Stimmzetteln sind die Kandidaten in der gleichen Weise (Familiennamen mit Taufnamen, Beruf, Geburtsjahr und Adresse) und in der gleichen Reihenfolge und Gliederung anzuführen wie auf der Kandidatenliste.

2. Am Kopf des Stimmzettels sind der Name der Pfarrgemeinde, der Wahltermin und die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Pfarrgemeinderates deutlich anzugeben.

3. Wenn der Stimmzettel nach Orten oder Ortsteilen aufgegliedert ist, dann ist darauf auch die Zahl der für jeden Ort oder Ortsteil zu wählenden Mitglieder des Pfarrgemeinderates anzugeben.

§ 11: Wahlzeit(en)

1. Jedes Wahllokal muß insgesamt so lange geöffnet sein, daß jeder Wahlberechtigte Gelegenheit zur Stimmabgabe hat, mindestens jedoch drei Stunden. Die Wahlzeit kann auch auf mehrere Teilzeiträume verteilt werden. In diesem Fall hat die Wahlkommission für eine Sicherung der Wahlakten besondere Sorge zu tragen.

2. Nach Ablauf der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die vorher schon im Wahlraum anwesend waren. Dann erklärt der Vorsitzende der Wahlkommission die Wahl für geschlossen.

III. Wahl

§ 12: Wahlkommission und Wahlvorgang

1. Die Wahlkommission für jedes Wahllokal besteht aus einem Vorsitzenden und wenigstens drei, höchstens fünf Beisitzern. Der Vorsitzende hat die Aufgaben der Wahlkommission vor Beginn der Wahlhandlung auf die einzelnen Beisitzer zu verteilen. Die Mitglieder der Wahlkommission sollen nicht Wahlkandidaten sein.

2. Die Wahlkommission hat für den ungestörten Ablauf der Wahl zu sorgen. Es müssen stets wenigstens drei Mitglieder der Wahlkommission im Wahllokal anwesend sein. Wenn der Vorsitzende nicht selbst anwesend ist, hat er den Vorsitz einem Beisitzer zu übertragen.

3. Sind keine Wählerverzeichnisse vorhanden, hat die Wahlkommission eine Abstimmliste zu führen, in die die Wähler mit Familiennamen, Taufnamen und Adresse einzutragen sind. Es sind Vorkehrungen zu treffen, daß eine mehrfache Stimmabgabe unmöglich ist.

Sind Wählerverzeichnisse vorhanden, so sind die Wähler im Wählerverzeichnis abzustreichen.

Wird mit Wahlkarten gewählt, stellen die einzusammelnden Wahlkarten die Abstimmliste dar.

4. Die Wahlkommission hat sich vor Abgabe des ersten Stimmzettels zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Sie darf Stimmzettel nur in einem Umschlag entgegennehmen. Es dürfen nur vom Pfarr-

gemeinderat beschaffte einheitliche Umschläge verwendet werden.

5. Die Wahlhandlung ist öffentlich, die Stimmabgabe geheim. Die Stimmzettel können den Wählern bereits vor der Wahl zugestellt werden, sie liegen aber auch im Wahllokal auf. Jedes wahlberechtigte Pfarrgemeindeglied darf nur einen Stimmzettel abgeben.

6. Eine Briefwahl ist zulässig. Der amtliche Stimmzettel samt Umschlag ist beim zuständigen Pfarramt rechtzeitig anzufordern und in einem eigenen Kuvert bis zum Schluß der Wahlzeit der Wahlkommission zu übermitteln.

7. Ist ein Wähler der Wahlkommission nicht bekannt, weist er sich mit einem amtlichen Ausweis aus.

8. Die Wähler zeichnen die Kandidaten ihrer Wahl auf dem Stimmzettel an. Es sind nur so viele Kandidaten anzuzeichnen, als in den Pfarrgemeinderat zu wählen sind. Werden mehr Kandidaten angezeichnet oder wird kein Kandidat angekreuzt, so ist der Stimmzettel ungültig. Die Wähler haben auch die Möglichkeit, Namen auf dem Stimmzettel hinzuzufügen. In diesem Fall darf die Zahl der angekreuzten Kandidaten und die der hinzugefügten Namen die Zahl der zu Wählenden nicht übersteigen.

9. Der Vorsitzende der Wahlkommission hat den Umschlag von dem Wähler, nachdem dieser gewählt hat, entgegenzunehmen und sofort ungeöffnet in die Wahlurne zu legen. Offene Stimmzettel und kenntlich gemachte Umschläge hat die Wahlkommission zurückzuweisen.

10. Unmittelbar nach Schluß der Wahlzeit (§ 11) hat die Kommission die Umschläge aus der Wahlurne zu entnehmen, zu zählen und ihre Anzahl mit der Anzahl der in der Liste eingetragenen Wähler zu vergleichen. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies in der Niederschrift (Abs. 12) anzugeben und zu erläutern.

11. Die Wahlkommission hat die Umschläge nach der Zählung zu öffnen, die ungültigen Stimmzettel auszuscheiden und die auf den gültigen Stimmzetteln für die einzelnen Kandidaten abgegebenen Stimmen zu zählen. Ein Stimmzettel, der den Willen des Wählers nicht klar zum Ausdruck bringt, ist ungültig. In Zweifelsfällen beschließt die Wahlkommission mit einfacher Mehrheit über die Gültigkeit des Stimmzettels; bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Enthält ein Wahlkuvert mehrere Stimmzettel, so sind bei gleichlautender Ausfüllung die weiteren Stimmzettel zu vernichten und der verbleibende Stimmzettel als gültige

Stimme zu zählen. Enthält der Umschlag nicht gleichlautend ausgefüllte Stimmzettel, dann ist dies eine ungültige Stimme.

12. Über die Wahlhandlung, Stimmentauszählung und die Feststellung des Wahlergebnisses (§ 13) hat die Wahlkommission eine Niederschrift anzufertigen, die von allen Mitgliedern zu unterschreiben und alsbald, zusammen mit den abgegebenen Stimmzetteln und sonstigen Unterlagen, dem Wahlvorstand zu übergeben ist.

IV. Abschluß der Wahl

§ 13: Feststellung des Wahlergebnisses

1. Die Feststellung des Wahlergebnisses obliegt der Wahlkommission. Sie hat unverzüglich nach Abschluß der Wahlhandlung zu erfolgen.

2. In Pfarrgemeinden mit mehreren Wahlkommissionen stellen diese in einer gemeinsamen Sitzung, die innerhalb von zwei Tagen nach Abschluß der Wahlhandlung stattfinden muß, das Wahlergebnis fest. Die Sitzung wird von dem ältesten Vorsitzenden der Wahlkommissionen einberufen und geleitet.

3. Gewählt sind jene Kandidaten, auf die die meisten Stimmen entfallen, und zwar so viele Personen, als Mitglieder in den Pfarrgemeinderat zu wählen waren. Falls für den letzten Pfarrgemeinderatssitz zwei oder mehr Kandidaten gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet das Los.

4. Die übrigen Kandidaten, für die Stimmen abgegeben wurden, sind Ersatzmitglieder; sie rücken beim vorzeitigen Ausscheiden eines gewählten Mitgliedes in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmenzahl bzw. des Losentscheides für den Rest der Amtszeit des Pfarrgemeinderates nach.

5. In Pfarrgemeinden, in denen die Stimmzettel nach Orten oder Ortsteilen aufgliedert sind, gelten die Bestimmungen der Abs. 3 und 4 entsprechend für die in den einzelnen Orten oder Ortsteilen zu wählenden Personen.

6. Die Wahlakten sind vom Pfarrer in Verwahrung zu nehmen.

§ 14: Bekanntgabe des Wahlergebnisses

1. Der Pfarrer hat das Wahlergebnis sobald wie möglich durch Aushang für die Dauer von mindestens zwei Wochen, an dem auf den Wahltermin folgenden Sonntag durch Verlautbarung bei den Gottesdiensten und nach Möglichkeit im Pfarrbrief (Pfarrblatt) mitzuteilen.

2. Mit der Bekanntgabe im Hauptgottesdienst kann eine persönliche Vorstellung der gewählten Mitglieder des Pfarrgemeinderates verbunden werden.

§ 15: Einspruchsrecht

1. Einspruch gegen die Wahl kann innerhalb einer Woche nach Verlautbarung des Wahlergebnisses schriftlich beim Pfarrer erhoben werden, der ihn an den Wahlvorstand weiterleitet. Der Einspruch muß von mindestens so vielen Personen unterschrieben werden, als der Pfarrgemeinderat Mitglieder zählt. Der Wahlvorstand hat über den Einspruch zu beschließen und seinen Beschluß zu begründen.

2. Betrifft der Einspruch die Wahl eines bestimmten Kandidaten, so ist dieser zu hören, kann aber, falls er Mitglied des Wahlvorstandes ist, an der Beschlußfassung nicht teilnehmen. Der begründete Beschluß ist dem, der Einspruch erhoben hat, und dem Betroffenen mitzuteilen.

3. Eine weitere Berufung an die diözesane Wahlkommission ist zulässig.

§ 16: Wahlbericht

Der Bericht mit dem festgestellten Ergebnis der Pfarrgemeinderatswahl ist unmittelbar nach der ersten Sitzung auf entsprechenden Formblättern mit den Unterschriften des Pfarrers und des stellvertretenden Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates an das zuständige Dekanatsamt sowie an das Bischöfliche Ordinariat einzusenden.

B) Entsendung von amtlichen Mitgliedern des Pfarrgemeinderates

(Art. 3, Abs. 2, Statut des Pfarrgemeinderates)

§ 17: Entsendung des Vertreters der in der Pfarre tätigen Religionslehrer

(Statut Art. 3, (2), b)

1. Der Pfarrer hat die in der Pfarre tätigen Religionslehrer spätestens zehn Wochen vor dem Wahltermin einzuladen, binnen einer Frist von drei Wochen schriftlich eine Person aus ihrem Kreis als ihren Vertreter namhaft zu machen. Die Verständigung des Pfarrers kann auch einen auf eine bestimmte Person, die sich zur Übernahme der Funktion bereit erklärt hat, lautenden Vorschlag enthalten. Als Vertreter ist entsendet, wer von den zur Namhaftmachung Berechtigten die meisten Stimmen erhält und zur Übernahme der Funktion bereit ist.

2. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

3. Ist nur ein Religionslehrer in der Pfarre tätig, so zählt dieser zu den amtlichen Mitgliedern des Pfarrgemeinderates.

§ 18: Entsendung des Vertreters der hauptamtlich Bediensteten

(Statut Art. 3, (2), c)

Für die Entsendung des Vertreters der

hauptamtlich Bediensteten einschließlich der ständigen Caritashelfer(innen) gilt § 17 sinngemäß.

§ 19: Entsendung des Vertreters der in der Pfarre tätigen männlichen und weiblichen Ordensangehörigen

(Statut Art. 3, (2), e)

Für die Entsendung des Vertreters der in der Pfarre tätigen männlichen und weiblichen Ordensangehörigen gilt § 17 sinngemäß mit der Maßgabe, daß dann, wenn mehrere Orden im Gebiet der Pfarre eine Niederlassung unterhalten, die Oberen der Niederlassungen von der bevorstehenden Wahl des Pfarrgemeinderates zu verständigen sind und daß diese den Vertreter wählen, und zwar mit soviel Stimmen, als ihre Niederlassung Angehörige hat.

164. Wahl der Pfarrgemeinderäte

Nach Beratung in der Dechantenkonferenz und über Beschluß des Pastoralrates, der vom Diözesanbischof bestätigt wurde, wird als **erster Wahltermin für die 2. Funktionsperiode der Pfarrgemeinderäte** in der Diözese Linz der 4. Fastensonntag, der **20. März 1977**, einschließlich Vorabendmesse, festgelegt.

In begründeten Fällen kann der Pfarrgemeinderat beschließen, die Funktionsdauer dieses Pfarrgemeinderates um ein Jahr zu verlängern und die Wahl für die nächste Funktionsperiode auf 19. Februar 1978 zu verlegen.

Für beide Wahltermine gilt die Dauer der Funktionsperiode bis Frühjahr 1982, der bereits als einheitlicher Wahltermin festgesetzt wurde.

Die geistigen und religiösen Voraussetzungen der Mitglieder des Pfarrgemeinderates müssen mindestens denen entsprechen, die bisher für den Pfarrkirchenrat verlangt wurden: Religiöses Leben, Be-

166. Ausfertigung kirchlicher Matrikenscheine

Schon seit 1784 ist vorgeschrieben, daß „jeder Matrikenschein nach Ausstellung auf seine Richtigkeit zu prüfen und zum Beweis der vollen Übereinstimmung mit dem Original vom Matrikenführer oder seinem Amtsstellvertreter eigenhändig zu fertigen ist“. („Linzer Diözesanblatt“ 1941, Art. 198.)

Zur Entlastung des Pfarrers gibt es in vielen Pfarren ehrenamtliche oder hauptamtliche Mitarbeiter, Pastoralassistenten,

§ 20: Entsendung der drei Vertreter der Katholischen Aktion (Statut Art. 3, (2), f)

Der Pfarrer hat spätestens zehn Wochen vor dem Wahltermin die Leiter der in der Pfarre tätigen Gliederungen (Werke) der Katholischen Aktion von der bevorstehenden Wahl des Pfarrgemeinderates zu verständigen und sie einzuladen, binnen einer Frist von drei Wochen gemeinsam drei Vertreter der Katholischen Aktion namhaft zu machen, davon einen Vertreter der Jugend.

§ 21: Entsendung eines Vertreters der in der Pfarrarbeit tätigen laienapostolischen Bewegungen (Statut Art. 3, (2), g)

Für die Entsendung der in der Pfarre tätigen Organisationen gilt § 20 sinngemäß.

reitschaft zur Mitarbeit in der Pfarre, Erfüllung der geistigen und materiellen Verpflichtungen, Besitz der kirchlichen Ehrenrechte und die auch öffentlich gelebte kirchliche Haltung des „Sentire cum ecclesia“.

Aktives Wahlrecht haben alle Katholiken, die im Gebiet der Pfarre ihren ordentlichen Wohnsitz haben oder sich dieser Pfarrgemeinde zugehörig fühlen, spätestens am 31. Dezember des Wahljahres das 17. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind (Wahlordnung § 1).

Für das entsprechende Material und die Informationen zur technischen Durchführung der Pfarrgemeinderatswahlen ist das Referat „Räte-Verbände-Zentren“ im Pastoralamt der Diözese Linz, Baumbachstraße 5, verantwortlich.

Das Ergebnis der Pfarrgemeinderatswahl ist an das zuständige Dekanatsamt und an das Bischöfliche Ordinariat Linz einzusenden.

Pfarrsekretäre, die dem Pfarrer einen Großteil der administrativen Arbeit abnehmen.

Über Antrag der Dechantenkonferenz wird mit Rechtswirksamkeit vom 1. Jänner 1977 jenen Pfarren, die darum ansuchen, die Möglichkeit gegeben, daß außer dem Pfarrer und seinem Kooperator oder Vicarius substitutus eine verlässliche Person vom Pfarrer delegiert werden kann, **wortgetreue Auszüge und Urkunden aus**

den rein kirchlichen Matriken neben dem Pfarrsiegel mit Namen und Funktionsbezeichnung — Pfarrsekretär(in) oder Pastoralassistent(in) — und dem Zusatz vor dem Namen „i. V.“ (in Vertretung) zu unterfertigen.

Ausgenommen sind die Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden aus den Matriken vor 1938 bzw. 1939, also jene Urkunden und Schriftstücke, die für den staatlichen Bereich personenstandserheblich sind. Personenstandsbücher waren die Pfarrmatriken hinsichtlich der Trauungen bis zum 31. Juli 1938, hinsichtlich der Geburts- und Sterbefälle bis zum 31. Dezember 1938.

Gleichzeitig wird festgestellt, daß diese Personen auch berechtigt sind, Randvermerke bzw. Ergänzungen und Anmerkungen, z. B. Legitimierung, Heirat, Firmung... in die Matrikenbücher einzutragen und Meldungen etwa an das Wohn- bzw. Taufpfarramt, wie Ne-temere-Anzeigen o. ä., zu fertigen.

Es wird aber darauf hingewiesen, daß nach dem bestehenden Recht der Pfarrer für die gesamte Matrikenführung letztverantwortlich ist und bleibt.

167. Matrikulierung der Nottaufe

Über Ersuchen der Seelsorger des Landes-Kinderkrankenhauses und der Familienpfarre Linz wurde die Frage der Matrikulierung der Nottaufe neuerlich geprüft und überlegt. Die bisherige Weisung (Linzer Diözesanblatt 1967, Art. 95) hat sich insofern nicht bewährt, daß beispielsweise im Jahr 1975 von 343 Nottaufen nur bei 123 die Nachholung der Zeremonien und damit die nötigen Daten für die Taufmatrik an das Pfarramt Heilige Familie in Linz gemeldet wurden. Dazu kommt noch eine kleine Zahl von Taufen, bei denen die Matrikulierung in der Wohnpfarre gemeldet wurde. Es ist erwiesen, daß eine ganze Reihe von „Taufeiern“ mit Nachholung der Zeremonien in den betreffenden Pfarren matrikuliert wurden ohne Meldung an das Pfarramt der Nottaufe.

Damit ergeben sich zwei grundsätzliche Schwierigkeiten: Die Gefahr der Doppelmatrikulierung und die Frage der Änderungen und Ergänzungen einerseits und andererseits die Problematik, oft nach Jahren einen Taufschein ausstellen zu müssen mit den spärlichen Daten, die anlässlich der Nottaufe eingetragen werden konnten. Manchmal sind nur Namen und Adresse der Eltern bzw. der Mutter vorhanden und das Geburtsdatum des Kindes und ob es ein Bub oder Mädchen ist.

Zur Wahrung der Rechtssicherheit und für eine eventuelle Überbeglaubigung durch das Bischöfliche Ordinariat ist erforderlich, daß jene Pfarrer, die eine Delegation zur Unterschriftenabgabe geben, im Bischöflichen Ordinariat ansuchen und ein Unterschriftenmuster der betroffenen Person im Pfarramt und im Bischöflichen Ordinariat hinterlegen.

Das Ansuchen an das Bischöfliche Ordinariat könnte lauten: „Für eine ordnungsgemäße Durchführung der verschiedenen Aufgaben in der Pfarrkanzlei ist es für die Pfarre N. erforderlich, daß außer dem Pfarrer (und Kooperator) auch Herr (Frau, Schwester) N. N. (Funktionsbezeichnung) berechtigt ist, kirchliche Matrikenscheine auszustellen und zu unterfertigen. Wir ersuchen um Erteilung der erbetenen Zustimmung und hinterlegen die Unterschriftprobe im Bischöflichen Ordinariat und die Zweitschrift (nach Rücksendung und Genehmigung durch das Bischöfliche Ordinariat) im Pfarramt (Aktenplan 130).“

Zur Unterschriftprobe ist der volle Name, Funktion und Adresse der vorgeschlagenen Person anzugeben. Für das Pfarramt hat der Pfarrer das Ansuchen zu unterfertigen.

Bei der Nottaufe wird wohl der wesentliche Akt der Taufe gesetzt. Jede Nottaufe ist aber eine Notform. Wenn uns in den letzten Jahren gelungen ist, die Kliniktaufe wesentlich einzuschränken und die Taufe wieder in die Heimatpfarre zu verlegen, so soll die Nottaufe (ohne Nachholung der Zeremonien) nicht jenen entgegenkommen, die damit einer Taufe auskommen möchten und sich mit einer solchen Nottaufe begnügen.

Die Tauffeier enthält als wichtige Elemente die Zustimmung der Eltern zur Taufe und ihre und der Paten Bereiterklärung zur christlichen Erziehung. Die Tauffeier in der Pfarrkirche, in Anwesenheit der Angehörigen oder der Pfarrgemeinde soll immer auch Zeichen der Eingemeindung bzw. der Aufnahme in die Gemeinde sein.

Daher wird die bisherige Regelung (LDBl. 1967, Art. 95 und 1973, Art. 64) mit Wirkung vom 1. Jänner 1977 folgend abgeändert:

Die Nottaufe eines Kindes wird im Pfarramt der Nottaufe registriert mit den Angaben, die zur Verfügung stehen, und ist an das Wohnpfarramt der Eltern bzw. der Mutter zu melden. Die Seelsorger der Wohnpfarre werden im Hinblick auf die

oben erwähnten Gründe angewiesen, die Eltern (Mutter) des notgetauften Kindes zu besuchen, eine „Tauffeier“ mit Nachholung der Zeremonie in einem „Taufgespräch“ mit den Eltern vorzubereiten und die Feier („Ritus für ein Kind, das die Nottaufe empfangen hat“ in „die Feier der Kindertaufe“, Seite 83 bis 91) zu halten.

Matrikulierung:

Die Tauffeier mit Zeremonienachholung ist im Taufbuch der Pfarre, wo diese Tauffeier gehalten wird, zu matrikulieren, und zwar mit Eintragung der Nottaufe und aller gemeldeten Daten und Ausfüllung aller Rubriken im Taufbuch (mit Reihenzahl). Bei „Täufer“ ist die Person einzutragen, die die Nottaufe gespendet hat, und das meldende Pfarramt; der Priester (Diakon), der die Zeremonien nachholt, unterschreibt eigenhändig. Diese Eintragung gilt als Hauptmatrikulierung.

Das Pfarramt der Nottaufe ist mit einer „Taufanzeige“ zu verständigen. Namen der Eltern und des Kindes, Geburtsdatum, Band und Seite des Taufbuches sind dorthin zu melden.

Das Nottaufpfarramt vermerkt die nunmehrige Hauptmatrikulierung in seinem Taufregister und schreibt seiner Aufzeichnung des Nottaufalles bei: „Hauptmatrikulierung beim röm.-kath. Pfarramt... Band... Seite...“

Alle späteren Randvermerke, Änderungen und Meldungen werden der Hauptmatrik (des Wohnpfarramtes) beige-schrieben. Gelangen Randvermerke und Mel-

168. Aktion „Bruder in Not“ 1976

Die Aktion „Bruder in Not“ wird in unserer Diözese hauptsächlich von der Katholischen Männerbewegung getragen. Sie ist aber eine Aktion, die zugleich Verwirklichung des Quatembergedankens der Adventszeit sein soll. Daher möge auch in diesem Advent wieder in allen Pfarren die Aktion „Bruder in Not“ durchgeführt werden. Sie dient wesentlich der kirchlichen Entwicklungshilfe und ist damit eine entscheidende Tat aus christlicher Verantwortung für die Welt und Weltkirche.

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Entwicklungshelferdienst wurde heuer eine Arbeitsmappe zur geistigen Vorbereitung und Gestaltung der Aktion erstellt. Besonders hingewiesen sei auf die beiden Broschüren „Leben gestalten“ und „Entwicklung für alle“, die als Kurzfassung von grundsätzlichen Überlegungen für eine christlich orientierte Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe zu

verstehen sind. Zum Thema „Aktion Bruder in Not — Hoffnung für alle“ wurden auch Texte für den Gottesdienst vorbereitet. Die Arbeitsmappe wird allen Pfarren von der Katholischen Männerbewegung zugesandt und kann im Diözesansekretariat oder beim Österreichischen Entwicklungshelferdienst (Türkenstraße 3, 1090 Wien) nachbestellt werden.

Eine Reihe von Projektträgern, die ihre Anliegen an die Katholische Männerbewegung geschickt haben, warten auf finanzielle Unterstützung durch diese Aktion. Das Ergebnis möge daher gleich nach Abschluß der Sammlung an die Katholische Männerbewegung „Bruder in Not“, Linz, Konto-Nr. 01.071.133 bei Raiffeisenkredit für Oberösterreich überwiesen werden.

Auskünfte und Informationsmaterial bekommen Sie im Diözesansekretariat der Katholischen Männerbewegung, Goethestraße 7/2, 4020 Linz, Tel. 0 72 22/23 9 70.

Alle Nottaufen, die in der Wohnpfarre in dieser Form hauptmatrikuliert wurden, werden bei den Taufeintragen des Jahres für die Statistik mitgezählt. Ist ein Kind nach der Nottaufe verstorben, ohne daß die Zeremonien nachgeholt werden konnten, ist die Nottaufe in der Pfarre der Nottaufe zu matrikulieren. Die Eltern und das Wohnpfarramt werden davon verständigt.

Diese Regelung steht auch im Einklang mit dem kirchlichen Gesetzbuch, das in can. 90 CIC zwischen Abstammungsort (locus originis) und Geburtsort (locus nati-vitatis) unterscheidet und dem Abstammungsort größere Bedeutung beimißt: und dies ist der Ort, an dem der Vater bei Geburt des Kindes — oder bei unehelichen Kindern die Mutter — den eigentlichen oder uneigentlichen Wohnsitz (domicilium vel quasideomicilium) hatte. Außerdem sieht eine Instruktion der Sakramentenkongregation vom 29. Juni 1941 (zum can. 778 CIC) auf jeden Fall eine Matrikulierung im Taufbuch des Abstammungsortes vor (P. H. Jone, Gesetzbuch der lateinischen Kirche, II., 2. Aufl., Paderborn 1952, S. 44).

169. Vom Klerus

Veränderungen

P. Dr. Martin Fleischmann MHM arbeitet seit Oktober 1976 ein Jahr in der Diözese Linz (Mitarbeit im Kinderdorf St. Isidor, Leonding).

Kons.-Rat Johann Gütlinger, Dechant und Pfarrer in Bad Kreuzen, wurde zugleich Pfarrprovisor excurrando von Sankt Nikola a. d. Donau — mit 30. Oktober 1976.

Berthold Müller, Kooperator in Grein, wurde Pfarrprovisor in Grein — mit 6. November 1976.

G. R. Rudolf Panhofer, Dechant und Pfarrer in Eberschwang, wird gleichzeitig Pfarrprovisor excurrando von Pramet und Pattigham — mit 15. November 1976.

P. Paul Haschek OSCam., Pfarrprovisor von Maria Laach, wurde mit 1. November als Referent für Krankenpastoral im Pastoralamt der Diözese Linz bestellt.

P. Adolf Völkl OMI wird als Kooperator in Steyr-Münichholz bestellt mit Dienstleistung als Betriebsseelsorger im REHA-Werk Linz — mit 1. Dezember 1976.

Johann Breit, Pfarrer in Palting, hat auf die Pfarre resigniert und wird mit 1. Jänner 1977 in den dauernden Ruhestand übernommen. Pfarrer Breit wird gleichzeitig zum Seelsorger im Bezirksaltenheim Mattighofen bestellt.

Kan. Karl Kalchgruber, Dechant und Pfarrer in Kirchdorf/M., wird Pfarrprovisor excurrando von Palting — mit 1. Jänner 1977.

Doctoraal Roswitha Unfried, Kongregation der Frauen von Bethanien, wurde mit Rechtswirksamkeit vom 1. November 1976 als Assistentin für alttestamentliche Bibelwissenschaft für das Studienjahr 1976/77 an der Phil.-theol. Hochschule Linz mit einer halbtägigen Verpflichtung bestellt. Zudem wird sie als Pastoralassistentin in der Pfarrexpositur St. Paul-Pichling mitarbeiten.

Dr. Helmuth Pree (Laie), Universitätsassistent in Linz, erhielt die allgemeine Approbation als Advokat beim Linzer Diözesangericht.

Auszeichnung

Der Bundespräsident hat **Kons.-Rat Mag. Georg Glechner**, Religionsprofessor am 3. Bundesgymnasium Linz, den Titel „Oberstudienrat“ und

Kons.-Rat Alois Fellmayr, Religionshauptlehrer an der Berufsschule II Linz, den Titel „Schulrat“ verliehen.

Mag. Bernhard Liss, Referent im Pastoralamt der Diözese, wurde an der Univer-

sität Graz zum Doktor der Theologie promoviert.

Verstorben

Kons.-Rat Rudolf Enzinger, em. Dechant und Pfarrer von Neumarkt, Ehrenbürger der Gemeinde Neumarkt i. M., ist am 24. Oktober 1976 in Linz verstorben.

Dechant Enzinger wurde am 5. Februar 1895 in Linz geboren und am 29. Juni 1922 zum Priester geweiht. Als Seelsorger war er zunächst in Utzenaich, Windischgarsten, Pregarten, Reichraming, Peuerbach, Schwanenstadt und Schenkenfelden. Von 1935 bis 1972 war er Pfarrer in Neumarkt im Mühlkreis, von 1961 bis 1970 auch Dechant des Dekanates Freistadt. Seinen Ruhestand verbrachte er in Freistadt, wo er noch eifrig seelsorgliche Aushilfe leistete.

Am 29. Oktober 1976 wurde er auf dem Pfarrfriedhof von Neumarkt i. Mkr. beigesetzt.

G. R. Franz Beham, Pfarrer in St. Nikola a. d. D., ist am 30. Oktober 1976 plötzlich verstorben.

Pfarrer Beham ist am 15. September 1913 in Schardenberg geboren und wurde am 29. Juni 1938 zum Priester geweiht. Die Posten seiner priesterlichen Tätigkeit waren Ungenach, Ottnang, Linz — Stadtpfarre, Bad Ischl, Wippenham und Pregarten. Seit 1958 war er Pfarrer in St. Nikola an der Donau.

Pfarrer Beham wurde am 3. November 1976 in St. Nikola a. d. D. beerdigt.

Kons.-Rat Karl Thöne, Ehrenkanonikus des Linzer Domkapitels, Generaldechant und Stadtpfarrer von Grein, Ehrenbürger der Stadt Grein, ist am 5. November 1976 im Krankenhaus Wels verstorben.

Kan. Thöne ist am 6. August 1909 in Gütersloh/Westfalen geboren und wurde am 2. März 1941 in Linz zum Priester geweiht. Nach der Rückkehr aus dem Kriegsdienst wurde er Kooperator in Kollerschlag, dann in St. Anna, Ried i. I. und Bad Ischl. 1952 kam er als Benefiziat nach Kallham. Seit 1956 war er Stadtpfarrer in Grein und bis 1974 auch Dechant des Dekanates Grein. 1970 wurde er Kreisdechant des Innviertels und 1975 Generaldechant der Diözese Linz.

Die Beerdigung fand am 12. November 1976 in Grein statt.

Kons.-Rat Johann Dürr, Kapitular-Kanonikus von Mattsee, Pfarrer i. R., ist am 6. November 1976 in Mattsee verstorben.

Kan. Dürr wurde am 16. Jänner 1893 in

Ernsthofen, NÖ., geboren und wurde am 29. Juni 1916 zum Priester geweiht. Stationen seiner Seelsorgstätigkeit waren Leonding und Münzkirchen als Kooperator, Urfahr als Bürgerschulkatechet, Wai-zenkirchen und Mondsee als Kooperator und Neukirchen a. W. als Benefiziat. 1933 wurde er Pfarrer in Pöndorf, 1946 Dechant des Dekanates Frankenmarkt. Von 1948 bis 1963 war er Pfarrer in Mondsee. Nach seiner Pensionierung übersiedelte er in das Kollegiatstift Mattsee.

Kan. Dürr wurde am 10. November 1976 in Mattsee beerdigt.

G. R. Johann Baireder, Pfarrer in Pramet und Pfarrprovisor von Pattigham, Bezirks-Feuerwehrkurat, ist am 14. November 1976 in Eberschwang tödlich verunglückt.

Pfarrer Baireder wurde am 20. September 1922 in Dimbach geboren; nach seinem Studium und Militärdienst in Rußland wurde er am 29. Juni 1950 zum Priester geweiht. Als Kooperator war er in Weitersfelden, Schörfling und Lenzing, Liebenau und St. Martin bei Traun, als Pfarr-

provisor in Gampern, Aurach und Sankt Thomas am Blasenstein. Seit 1. August 1966 war er Pfarrer in Pramet und zugleich Pfarrprovisor excurrando in Pattigham.

Pfarrer Baireder wurde am 19. November 1976 in Pramet bestattet.

G. R. P. Berthold Georg Schnurer OFM Cap. ist am 18. November 1976 in Linz verstorben.

P. Berthold Schnurer wurde am 2. September 1910 in Regensburg geboren, trat 1928 in den Kapuzinerorden ein und wurde am 29. Juni 1937 zum Priester geweiht. Drei Stationen prägten seine Persönlichkeit: 1937 begann er seine Tätigkeit als Kaplan in Wien-Gatterhölzl (Kriegsdienst von 1939 bis 1945 in Frankreich und Rußland); von 1952 bis 1955 war er als Guardian in Klagenfurt. Seit 1955 wirkte P. Berthold in Linz: Pfarre St. Matthias, Antonius-Heim und Bad Mühlacken.

P. Berthold Schnurer wurde am 24. November 1976 am Barbara-Friedhof in Linz beerdigt.

170. Caritas-Intention: Weihnacht der Armen

Die Caritas-Intention für den Monat Dezember empfiehlt allen Katholiken, die durch die Fastenordnung verpflichtet sind, eine gute Tat zu setzen, die weihnachtliche Sozialhilfe der Caritas zu unterstützen.

Die Weihnachtsbotschaft verkündet jenen Menschen Frieden, die guten Willens sind. Zum Wollen gehört das Helfen. Hel-

fen macht froh. Weihnachten ist nicht nur da, um zu empfangen, sondern auch um zu geben. Es warten noch viele in den dunklen Ecken und in den sozialen Hinterhöfen unseres Landes, daß ihnen geholfen werde. Die Caritas darf sie nicht übersehen und noch weniger die berechtigten Bitten jener, die zu dieser Zeit an sie herangetragen werden. Wir bitten für die Weihnacht der Armen.

171. Literatur

(1) Rafael J. Kleiner, **Basisgemeinden in der Kirche**. Was sie arbeiten — wie sie wirken. Verlag Styria Graz, Wien, Köln, 278 Seiten, kartoniert, S 259.—

Pater Rafael J. Kleiner OSB, Professor für praktische Theologie und Pastoral-liturgie an der päpstlichen Universität S. Anselmo, Rom, versucht in diesem Buch, das Phänomen der Spontangruppen oder Basisgemeinden einer kritischen soziologischen wie theologischen Analyse zu unterziehen. Nach einem interessanten Überblick über diese Gruppen in den verschiedenen Ländern zeigt der Autor an den Beispielen Italiens und der Stadt Rom die wichtigsten Strukturen und Ziele dieser Basisgemeinden auf. Von einem vertieften Verständnis des Evangeliums und

einer neuen Gestaltung des Kultes und der Liturgie ist eine Erneuerung der Kirche zu erwarten; durch den Protest dieser informellen Gruppen gegen manche Formen des kirchlichen Lebens geraten einige an den Rand der Kirche. P. Rafael Kleiner versucht, scharfe Kriterien für ihre Kirchlichkeit aufzustellen und vertritt die Auffassung, daß nur eine möglichst pluriforme Kirche den vielschichtigen Aufgaben in der Gesellschaft heute gerecht werden kann.

(2) **Aber Verweilen ist Staunen**. Texte und Lieder für Meditation und Gottesdienst. Herausgegeben von einer Katholischen Hochschulgemeinde. Verlag Styria Graz, Wien, Köln, 175 Seiten, kartoniert, S 168.—

Das vorliegende Buch beinhaltet Texte, Lieder, Gebete und Worte der Schrift, zusammengetragen zu Themen, die einerseits dem Alltag des menschlichen Lebens nachspüren, auf der anderen Seite die Bildsprache der Gleichnisse Jesu ein wenig aufzuhellen versuchen. Die Sammlung ist nicht gedacht als eine Serie fertiger Gebrauchstexte für den Gottesdienst, sondern es sollen Texte sein zum Lesen, Singen und Beten, Anstoß zum Nachdenken für sich oder in der Gemeinde.

(3) Klemens Richter, Manfred Probst, Heinrich Block, **Zeichen der Hoffnung in Tod und Trauer**. Sterbegebete und Totengedenken. Volksausgabe. Pastoralliturgische Reihe in Verbindung mit der Zeitschrift „Gottesdienst“. 64 Seiten, kart., Preis DM 4.20. Gemeinschaftsverlag Benziger-Herder 1976.

Bereits 1975 erschien im Verlag Herder von denselben Autoren ein Werkbuch für die pastoralliturgische Praxis mit dem Titel „Zeichen der Hoffnung in Tod und Trauer“.

Die Volksausgabe mit dem Untertitel „Sterbegebete und Totengedenken“ ist für den privaten wie für den Gebrauch der Vorbeter in Nachbarschaften und Wohngemeinschaften gedacht.

In der pastoralen Einführung zu „Kirchliche Begräbnisfeier“ heißt es u. a.: „Je nach den örtlichen Gewohnheiten soll an den Tagen zwischen dem Tod und dem Begräbnis im Trauerhaus oder in der Kirche Totenwache gehalten werden. Sie wird in der Regel von einem Laien geleitet...“

Dafür bietet diese Volksausgabe Gebete in der Sterbestunde, Anregungen für die Totenwache, z. B. Wortgottesdienste zum schmerzhaften und glorreichen Rosenkranz, Litaneien, ebenso für Totengedenken in der Gemeinde.

(4) **Meßbuch '77**, 608 Seiten, Snolin fle-

xibel, DM 10.80. Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer, in Gemeinschaft mit Kösel-Verlag und Verlag Kath. Bibelwerk.

Die vollständigen Meßtexte für Sonn- und Festtage nach den authentischen liturgischen Ausgaben der Bistümer des deutschen Sprachgebietes. Mit der Feier der Gemeindemesse. Einführungen und Redaktion: Eleonore Beck.

Das Meßbuch '77 führt die bewährte Reihe der Meßbücher zum Kalenderpreis fort; besonders ältere Menschen schätzen die praktische Anordnung, das leichte Zurechtfinden durch Angabe des jeweiligen Datums und das gut lesbare Schriftbild. Das Buch ist zum Vorbereiten und Nachlesen daheim ebenso geeignet wie zur Meditation und will Brücke sein zwischen Leben und Gottesdienst.

(5) **Bei ihm sein**. Ein Jugendbrevier. Herausgegeben von den Benediktinern von Kremsmünster im Eigenverlag Stift Kremsmünster; für den Inhalt verantwortlich: Pater Christian Haidinger. 210 Seiten. Preis: S 35.—

In verschiedenen Gebetskreisen, bei der monatlichen Jugendvesper in Kremsmünster und auf der Jugendburg Altpernstein wurden Erfahrungen gesammelt, die diesem Jugendbrevier zugrunde liegen, ein Team von Jugendseelsorgern hat es bearbeitet.

Im Anschluß an das „Stundengebet“ der Kirche bietet dieses Jugendbrevier für jeden Tag drei Gebetszeiten an: Laudes, Oratio, Vesper. Im Anschluß an diese Anregungen für ein regelmäßiges Beten in einem Dreiwochen-Zyklus folgt noch ein recht wertvoller Gebetsanhang.

Dieses Jugendbrevier „Bei ihm sein“ kann im Stift Kremsmünster (4550 Kremsmünster) und auf der Jugendburg Altpernstein (4563 Micheldorf) bestellt werden.

172. Aviso

(1) „Pfarramt“ im Telefonbuch

Um das Suchen bzw. Finden des Pfarramtes im Telefonbuch zu erleichtern, wird allen Pfarren empfohlen, bei der nächsten Neuauflage des Telefonbuches das Pfarramt einheitlich unter „Pfarramt“ (Pfarramt röm.-kath., wenn auch ein anderes im Ort ist) — nicht unter Röm.-kath. oder Kath. oder Katholisches oder Stadtpfarramt einordnen zu lassen.

(2) Missionswerk der Kinder

In manchen Pfarren ist eine Unklarheit entstanden, wann heuer die Kollekte für

das Missionswerk der Kinder („Krippenopfer“) ist, weil im Direktorium dafür der 11. Jänner und im Kollektenkalender der 26. Dezember angegeben sind. Die Pfarrseelsorger mögen trachten, daß das Ergebnis für das Missionswerk der Kinder heuer nicht ausbleibt.

(3) Pfarre Bad Zell

Auf Grund der Änderung des Namens der Gemeinde Zell bei Zellhof wurde nach Zustimmung des Konsistoriums auch die Pfarre umbenannt in Pfarre „Bad Zell“.

(4) Strobl — Akcenta

Die Salzburger Firma Josef Strobl (Waldberggasse 33) tritt in letzter Zeit mit gleicher Adresse unter dem Namen „Warenhausgesellschaft Akcenta“ auf — siehe dazu Linzer Diözesanblatt Oktober 1976.

(5) Biberschwanzziegel

Das Pfarramt Friedburg hat von der Filiationkirche Heiligenstatt 1060 neue Biberschwanzziegel zum alten Preis von S 6.90 anzubieten. Interessenten mögen sich an das Pfarramt 5211 Friedburg 5 wenden.

Bischöfliches Ordinariat Linz

Linz, am 1. Dezember 1976

Franz Hackl
Kanzleidirektor

Weihbischof Dr. Alois Wagner
Generalvikar

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bischöfliches Ordinariat Linz, Herrenstraße 19.
Verantwortlicher Schriftleiter: Franz Hackl, Kanzleidirektor, Linz, Herrenstraße 19.
Druck: Oberösterreichischer Landesverlag, Linz, Landstraße 41.